

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis halbjährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. September 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Waffenkammer für die Landtagswahlen.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben:

Bismarck hat das so merkwürdige von allen Partikularisten in Bayern und Schwaben, in Mecklenburg und anderwärts zur Beschönigung ihrer Eigenbrödelerei verwendete Wort geprägt vom preussischen Partikularismus, dem gefährlichsten aller. In dem Worte ist viel Wahres, wenn auch viel mit Absicht falsch Bedeutetes. Früher sprach man von Preußen-Deutschland, von dem in preussischem Sinne regierten Deutschen Reiche. Die Uebermacht Preußens im Reiche, die Regierung des Reiches durch die in Preußen wohnenden Klassen, Claque und Majoritäten wird nicht gemildert durch die Berufung eines mecklenburgischen Landgerichts-Direktors oder eines bayrischen Staatsrats in ein Reichsamt. Gesunderer Geist kann in die Reichsverwaltung nur gelangen, wenn in Preußen die Alleinherrschaft des Junkertums gebrochen wird, wenn selbst eine Koalition des Centrums mit den Konservativen nur die Minderheit des preussischen Abgeordnetenhauses bildet. Der Hebel für die gründliche Bekämpfung des preussischen Partikularismus muß in Preußen selbst angelegt werden. Mit dem lebhaftesten Interesse, mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt man deshalb heute außerhalb Preußens die Bemühungen unserer Genossen, selbst das elendeste aller Wahlsysteme zur Waffe werden zu lassen gegen die Uebermacht des Junkertums in Preußen, gegen die preussische Reaktion im Deutschen Reiche. In Mittel- wie in Süddeutschland fühlt man es, daß eine Erschütterung der Junkerherrschaft in Preußen freie Bahn schaffen würde für eine wahrhaft fortschrittliche Politik nicht bloß im Reiche, sondern auch in den Einzelstaaten. Preußens Macht äußert sich nicht bloß in der Reichspolitik, soweit sie durch die Reichsverfassung umgrenzt ist, der Einfluß geht weiter auch in das Gebiet der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Verwaltung. Im Bundesrat wird so manches festgestellt, was nicht Gegenstand der Reichsgesetzgebung ist, aber zu einer reaktionären Vereinheitlichung der Landesgesetzgebungen und Verwaltungsmassnahmen führt, im Schul-, Kirchen-, Verkehrs-, Steuerwesen und auf anderen Gebieten des Partikularrechtes wie der Ausführung der Reichsgesetzgebung. Ueberall ist der oft ungeliebte Einfluß Preußens zu verspüren, ein Einfluß, der auf das Rad des Fortschritts wie ein Hemmschuh wirkt. Der spätere Historiker, der die Protokolle des Bundesrates studieren wird, dürfte diese Wirksamkeit der Staatenvertretung allennähig feststellen, der aufmerksame Politiker muß aber schon heute zu diesen Schlüssen gelangen, wenn er gewisse Gleichmäßigkeiten der Landesgesetzgebung und -Verwaltung beobachtet, wenn er manche Wendungen der Minister in den Landesparlamenten genau prüft. Daß der Bundesrat trotz der bloß 17 preussischen Stimmen in 99 von 100 Fällen beschließt, was von Preußen gewünscht wird, weiß jedermann. Aus all diesen Gründen erscheint heute vielen die bevorstehende Wahl des preussischen Abgeordnetenhauses als fast gleichwertig mit den Wahlen zum deutschen Reichstage. Während man aber bisher die preussischen Wahlbewegungen mit orientalischem Fatalismus betrachtete, weil man das Resultat, den Sieg des Junkertums, vorausah, weil man auf einen Umschwung nicht rechnete, so ist diesmal eine lebhaftere Anteilnahme an der preussischen Wahlbewegung gesichert. Dies dankt Preußen dem Eingreifen unserer Parteigenossen. Man weiß wohl, daß die Schwierigkeiten für die Socialdemokratie sehr groß sind, aber man kennt und schätzt den Opfermut, die Disciplin und den Eifer der preussischen Parteigenossen, man hofft, daß der gewaltige Erfolg vom 16. Juni seinen Niederschlag finden wird an den Tagen der preussischen Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen, man hofft, daß selbst eine kleine socialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus den Gang der preussischen Politik, ihre Wirkung auf die Reichspolitik beeinflussen wird.

Deshalb verfolgt man die Wahlvorbereitungen unserer preussischen Genossen mit der größten Aufmerksamkeit, man erörtert an vielen Orten die Mythen des preussischen Wahlrechtes, man kümmert sich um Einzelheiten der preussischen Politik und Verwaltung. Wir glauben uns deshalb nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß das eben erschienene Handbuch für socialdemokratische Landtagswähler*) auch außerhalb Preußens aufmerksame Leser finden wird. Daß es in Preußen eifrig studiert werden soll, bedarf keiner besonderen Mahnung. Unsere Parteigenossen wissen es oder sollten es wenigstens wissen, daß in keinem Bundesstaate so sehr die Aufklärung über die Landesangelegenheiten vernachlässigt wurde, wie gerade in Preußen. Der lange Zeit unbestrittene Standpunkt, daß sich durch die Macht der Socialdemokratie an dem, was in Preußen geschieht, nichts ändern lasse, hatte in der Presse und bei unseren agitatorischen Kräften dazu geführt, daß man die Beschäftigung mit den preussischen Angelegenheiten nur zu lange und zu gründlich vernachlässigte, man litt unter der preussischen Gesetzgebung und Verwaltung, man versuchte, gar zu arge Auswüchse von der Tribüne des Reichstages und in den Spalten unserer Zeitungen zu besprechen, man unterließ es aber, sich gründlich mit den preussischen Angelegenheiten zu befassen, unsere Agitatoren fehlte auch ein Leitfaden, um sich in dem Wirrsal preussischer Politik zurechtzufinden. Das ist nun, wie hoffen nicht zu spät, besser geworden durch die Herausgabe des umfangreichen Handbuchs für die socialdemokratischen Wähler zum preussischen Landtage.

Eine nicht geringe Anzahl unserer Parteigenossen wird erst aus dieser neuesten Vatterie unseres Agitationsparkes eusehen, welche

Fülle wichtigster Volksinteressen dem Nachbereich des Reichstages entzogen, den Landesparlamenten, so dem gefährlichsten aller, den beiden Häusern des preussischen Landtages, vorbehalten sind.

Für viele unserer Parteigenossen wird das Studium dieses Buches wirken wie die Beschreibung einer Reise in unbekanntes Land. Niemand wird es bedauern, wenn er sich in die Lektüre dieses Buches vertieft, er wird überall lernen, von Seite zu Seite neue Anregung erhalten, sein politisches Interesse wird sich steigern, seine Ausbildung als Parteigenosse wird vervollkommen werden. Wie wenig wissen unsere Parteigenossen über die geschichtliche Entwicklung, welche unsere heutigen Zustände vorangegangen ist. Hier liegt ungewisselhaft eine wichtige Aufgabe, die Läden unserer Partei-Literatur auszufüllen. Ein bedeutungsvoller Schritt dazu geschieht auch in dem Handbuche, das uns die Geschichte Preußens von der Zeit des Absolutismus ab bis in unsere Tage beleuchtet, wobei stets Rücksicht genommen wird auf den zwar nicht immer offen zu Tage liegenden, aber stets als Ursache wirkenden wirtschaftlichen Untergrund politischen Geschehens. Es wird deutlich gezeigt, wie die preussische Geschichte sich anders abgespielt hat, als wir es in unseren Schulbüchern lernen, als wie es von Historikern am Sedans- oder am Bismarckstage vorgelesen wird. Die Geschichte der Reichsbrüche wird enthüllt, das nicht nur politische, sondern auch historische Unrecht des preussischen Wahlrechtes vielen erst offenbart. In einem besonderen Abschnitte wird die Wirkung des Wahlrechtes auf die bürgerlichen Parteien dargestellt und hierauf gezeigt, wie verschieden die Socialdemokratie Stellung genommen hat zu der Frage der Landtagswahlen. Dieses Kapitel schließt mit den von allen preussischen Parteigenossen zu beherzigenden Worten:

„Der „vierte Stand“ hatte seit, die Herrschaft im größten deutschen Bundesstaate noch länger den Parteien zu überlassen, die im Reiche längst abgewirtschaftet haben, den Parteien, über die das Volk am 16. Juni 1903 sein Verdammungsurteil gesprochen hat. Zum erstenmal beteiligt sich die Socialdemokratie ernsthaft an den Landtagswahlen, und sie wird, kraft des siegreichen Gedankens, den sie vertritt, auf diesem Gebiete Erfolge erzielen, mögen ihre Feinde ihr noch so viele Hindernisse in den Weg legen.“

Wir sind überzeugt, daß für jeden Parteigenossen das preussische Handbuch unserer Partei zum schärfsten Ansporn werden wird, nach Kräften mitzuwirken an einer Niederlage des Junkertums in den bevorstehenden Tagen der Entscheidung.

Wer von den Parteigenossen das Kapitel über den preussischen Landtag als Schrittmacher der Reaktion im Reiche liest, wenn ha in Erinnerung gerufen werden die Angriffe auf das Reichstags-Wahlrecht, die Gefährdung des Koalitionsrechtes, der unausgesprochene Kampf gegen die Freizügigkeit, das Bestreben, die reaktionären Maßnahmen, die im Reichstage nicht zu verwirklichen sind, im Landtage auszuführen, der wird überzeugt sein, daß er nicht nur eine Pflicht als preussischer Wähler, sondern auch als Reichsbürger erfüllt, wenn er die herrschende Ordnung in Preußen wirksam untergräbt durch Vorbereitung socialdemokratischer Siege in den für uns ausrichtsvollen Wahlkreisen. Jeder preussische Wähler wird aus dem Kapitel über die Gutsbezirke als Hebel der Reaktion lernen, daß noch viel mittelalterlicher Schutt, viele Reste des feudalen Systems zu Gunsten des Junkertums, zum Schaden der ländlichen Bevölkerung erhalten geblieben sind. Wie sehr das Klassenparlament im Interesse seiner Wähler, der Besitzenden und vor allem der Grundbesitzenden und insbesondere des „höchsten“ Adels gewirkt hat, lehrt das ausführliche Kapitel über das Finanzwesen. Wie das bishigen Arbeiterschutzes, das in der auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhenden Reichsgesetzgebung zu stande kam, im preussischen Landtage bekämpft, verhöhnt und verspottet wurde, wird in dem Kapitel über Arbeiterschutzes und Arbeiterertrag, dann in dem über die Gewerbe-Inspektion erörtert. Die falsche Mittelstandspolitik, die Vertretung der Hausbesitzer-Interessen zur Hemmung des Fortschritts in der Wohnungsreform werden in besonderen Kapiteln erörtert. Mit Recht ist einer der umfangreichsten Abschnitte des Handbuchs „Der Staat als Arbeitgeber“ überschrieben. Niemand nimmt sich im preussischen Landtage ernstlich der Interessen derjenigen großen Zahl von Arbeitern an, die direkt für den Staat tätig sind und denen der „Vater Staat“ nicht nur gegen geringen Lohn lange, schwere und verantwortungsvolle Arbeit aufbürdet, denen er auch das Koalitionsrecht widerrechtlich vorenthält, das reichsgesetzlich allen Arbeitern garantierte Mittel zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Niemand warient schnödel auf den Einzug von Socialdemokraten in das preussische Abgeordnetenhaus, als der preussische Staatsarbeiter, der wohl weiß, daß ihm dann erst ein Anwalt wird gegen seine Bedrücker, der wohl weiß, daß im bayrischen, württembergischen, badischen, bessischen Landtage und bis zur Wahlentziehung auch im sächsischen Landtage die Staatsarbeiter stets ihre Interessen vertreten haben von den socialdemokratischen Abgeordneten. In dem Augenblicke, wo Socialdemokraten in den Landtag einziehen, da weiß der Gefängnisaufseher, der Polizeidiener, der Gerichtsvollzieher, der Eisenbahnschaffner, der Postangestellte und wie die Hunderte von Verufen alle heißen, die in Uniform als Arbeiter wirken, wer der Vertreter ihrer Interessen ist. Und schon die eine Thatsache, daß Socialdemokraten einem Landparlament angehören, veranlaßt die Centralstellen, den Wünschen des ihm unterstellten Personals mehr entgegenzukommen, sie nicht hochmütig abzulehnen; es entsteht der Wunsch, zu verhindern, daß die Socialdemokraten Anwälte dazwischenwerfen, die im „königlichen Dienste“ stehen. Wenn man auch das offene Bekenntnis dazwischen, denen der Staat ein harter Unternehmer ist, bei den Wahlen erschwert hat, so wird es doch die Aufgabe unserer Agitatoren sein, den Inhalt des Kapitels „Der Staat als Arbeitgeber“ den Staatsarbeitern zu verdoctrinieren. So manches Flugblatt, so manche Versammlungsrede kann aus diesem Kapitel herausgearbeitet werden. Die Chiffren des preussischen Vereins-

und Versammlungsrechtes, die Rechtlosigkeit der Frauen und der Polen, das Bestreben, ein kleines preussisches Socialistengesetz durch weitere Verböserung des Vereinsgesetzes zu schaffen, werden in einem besonderen Kapitel geschildert. Der Einfluß des Staates auf die Gemeinde, auf den plutokratischen Charakter des Gemeinde-Wahlrechtes, die Eingriffe in die Selbstverwaltung werden erörtert in einem „Staat und Gemeinde“ überschriebenen Kapitel. Eine hervorragende Leistung des Herausgebers war es, daß er die Fülle des Materials über die Heldenthaten der preussischen Polizei, der politischen Polizei, der niederen Polizei-Organen, der Gefangenen-Transporteure, der Theaterzensur auf wenige Seiten zusammenbrängen konnte. Auch die preussische Justiz, über die man bekanntlich Bände schreiben kann, ohne ihr volkstümdes Wirken zu erschöpfen, ist in einem kurzen, aber wirkungsvollen Kapitel bengalisch beleuchtet.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist das Schulwesen. Von der Volksschule in Tralchen bis zu den Handlangerdiensten der Universitäten an die russischen Polizeibehörden ist dieses Kapitel preussischer Verwaltung, aber nicht deutscher Kultur erörtert. In weiteren Abschnitten wird gezeigt, wie wenig wahr das Wort des Kaisers gemorden ist, „wir leben im Zeitalter des Verlehrs“; die Abhängigkeit unserer Verkehrsinteressen von den Wünschen des Junkertums wird sowohl bei der Erörterung der Personentarife, wie bei der Besprechung der Kanalvorlage in dem Kapitel „Verkehrs-politik“ gezeigt.

Man braucht wahrlich nicht allzu hochhaft zu sein, um die preussische Politik von Anfang bis zu Ende als eine Politik der Liebesgaben für die Junker darzustellen. Trotzdem war es vollauf berechtigt, ein besonderes Kapitel den speziellen Liebesgaben für die Junker zu widmen. Dieses Kapitel wird ergänzt durch weitere über die Agrargesetze und über die Landarbeiter. Hieran schließen sich Darlegungen über die ebenso ungeliebte wie für das deutsche Volk unfruchtbare Politik gegen die Polen und gegen die Dänen. Eine Reihe weiterer Kapitel können wir nicht einzeln besprechen, wir erwähnen nur, daß das Buch zum Schluß neben guten Registern einen Anhang über die Bedeutung und die Art der Wahlen enthält.

Mag auch der Kritiker einzelne Abschnitte des Buches ausführlicher dargestellt wünschen, mag ihm auch manches in demselben fehlen, so darf er sich auch der Erwägung nicht verschließen, daß ein zu großer Umfang die Lektüre nicht gefördert, das Studium nicht angeregt hätte. So wie das Buch ist, kann es bis zur Ausschreibung der Wahl von allen aktiv thätigen Parteigenossen genau studiert werden und auf dem Wege der Presse und der Versammlungen zum Gemeingut aller gemacht werden, die ein Interesse haben, daß auch Vertreter des werththätigen Volkes ihre Stimme erheben können, wo bisher die Junker fast unumschränkt geherrscht haben.

Wir können stolz sein, daß in so ernster, sachlicher, ja wissenschaftlicher Weise der erste preussische Landtags-Wahlkampf unserer Partei begonnen wird. Möge dies ein gutes Zeichen sein, möge dies die Anregung sein, daß alle Kräfte angespannt werden, damit der preussische Wahltag ein schwarzger Tag im Kalender der preussischen Reaktion werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. September.

Die Landtagswahlen in Berlin.

Ein Parteitag der Freisinnigen Volkspartei hat am Mittwoch hier stattgefunden. Eugen Richter hielt einen Vortrag, dem eine allgemeine Diskussion gefolgt sein soll. Ueber den Inhalt dieser Verhandlungen, die natürlich geheim gehalten worden sind, wird kein Wort mitgeteilt. Einstimmig nahm man, wie berichtet wird, folgende Resolution an:

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei für Berlin erachte es für die Pflicht der Berliner Parteigenossen, alle Kraft daran zu setzen, die neun Landtags-Mandate von Berlin für die Partei auch diesmal wieder zu behaupten. Zu diesem Zweck ist für die Urwahlen alsbald in allen Bezirken und Abteilungen die Wahl zuverlässiger Wähler vorzubereiten und überhaupt auf eine wesentlich stärkere Wahlbeteiligung der Parteigenossen als bisher, namentlich auch in der dritten Wählerklasse, hinzuwirken.

Das ist angesichts der Situation bei den diesmaligen Wahlen so nichtsagend wie irgend möglich und wird auch nicht dadurch zu irgend einer Kundgebung oder einem Programm, daß die „Vossische Zeitung“ gleichzeitweise die „Freisinnige“ durch Sperrdruck die Worte unterstreichen, die man oben so gelenzzeichnet sieht. Welche Partei wollte wohl nicht alle Kraft daran setzen, ihren bisherigen Besitzstand an Mandaten zu erhalten. Aber die Freisinnigen wissen sehr wohl, daß gerade in Berlin unsere Teilnahme an der Wahl eine ganz erhebliche Veränderung in ihrer Machtstellung verursachen wird; sie wissen auch, daß wir ihnen unsere Hilfe, wo sie deren bedürfen, nicht ohne Gegenleistung gewähren werden. Diese Gegenleistung besteht in der Ueberlassung von Mandaten und nirgends sind die Freisinnigen leichter in der Lage, uns Mandate zu überlassen, wie in Berlin. Wenn irgendwo der Einwand nicht zutrifft, daß freisinnige Wahlmänner sich aus Rücksicht auf ihre Existenz oder ihre gesellschaftliche Stellung scheuen müßten, für Socialdemokraten zu stimmen, so ist das in Berlin. Hier giebt es also keinerlei Ausreden. Daß die Freisinnigen für die Auswahl zuverlässiger Wahlmänner sorgen wollen, ist sehr erfreulich und es ist die notwenigste Fürsorge für die Schwierigkeiten der Hauptwahl. Wie meinen aber, die Freisinnigen hätten sich auch noch mit Beschläffen oder Verabredungen vorsehen sollen für den Fall, daß sie hier für die Erhaltung ihrer Mandate auf unsere Wahlmänner angewiesen sind. Möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß sie den Fall erörtert haben; daß sie kein Wort darüber in die Öffentlichkeit drängen lassen,

*) Der preussische Landtag, Handbuch für socialdemokratische Landtagswähler. Im Auftrage des Parteivorstandes und unter Mitwirkung einer Anzahl von Parteigenossen herausgegeben von Paul Hirsch. Berlin 1903. Verlag des „Vorwärts“. 800 S. 80.

läßt in Verbindung mit den vielfachen Versicherungen der freisinnigen Presse immerhin der Vermutung Raum, daß sie wirklich noch an Wunder glauben. Rämlich an das Wunder, daß wir ihnen, um die Wahl eines offenen Reaktionsärs zu verhindern, unsere Stimmen geben werden, ohne daß sie uns zu Mandaten verhelfen. Das werden wir aber nicht thun. Wenn es also die Freisinnigen vermeiden haben sollten, sich auf diese Möglichkeit einzurichten, so werden sie es noch thun müssen. Sie mögen ja vielleicht noch die leise Hoffnung hegen, daß es uns nicht gelingen wird, in Berlin eine ausschlaggebende Stellung bei den Urwahlen zu erringen, und es scheint, als ob sie ihren Einfluß auf den Magistrat in dieser Richtung benutzen wollen zur Verhinderung der Festsetzung einer für die Arbeiter günstigen Wahlzeit. Sie beschließen nämlich noch:

„Der Parteitag erachtet eine Festsetzung des Beginnes der Urwahlen auf 5 Uhr nachmittags für un-ausführbar, weil bei der voraussichtlich diesmal stärkeren Wahlbeteiligung in der dritten Klasse und bei der Möglichkeit zahlreicher Stichwahlen in dieser Klasse für die zweite und erste Wählerabteilung der Wahlzeit abdam erst kurz vor Mitternacht beginnen, vielleicht am Wahltage gar nicht mehr stattfinden könnte.“

Wenn die Freisinnigen auch erreichen sollten, daß die Wahl schon auf eine frühere Stunde angelegt wird, so werden die Berliner Arbeiter doch zur rechten Zeit auf dem Posten sein und alles daran setzen, daß sie in die Lage kommen, den Freisinnigen Bedingungen vorzuschreiben, und das werden auch unsere Parteigenossen außerhalb Berlins thun, und da unsere Maßnahmen für ganz Preußen einheitlich durch unser Central-Wahlkomitee getroffen werden, so wird den Freisinnigen Berlin wohl auf keinen Fall die Stellungnahme zu unserm Verlangen auf Abtretung von Mandaten erspart bleiben. Dann werden die Freisinnigen ihr Schicksal in der Hand haben. Wir werden sie mit stiller Ruhe durchfallen lassen, wenn sie es nicht anders haben wollen. —

Deutsches Reich.

Kaiser und Stadtverwaltung.

In Reg. ist wiederholt der Typhus ausgebrochen. Die Ursache davon wird in der schlechten Beschaffenheit des Trinkwassers gesucht. Obwohl dieser Zustand seit Jahren bekannt ist, hat die Stadtverwaltung nichts gethan, um den Gefahren vorzubeugen. Nun hat das erneute Auftreten des Typhus eine Aktion gezeitigt, die nicht gewöhnlich ist. Der Kaiser hat an den Statthalter von Elsaß-Lothringen, v. Hohenlohe-Langenberg, folgendes Telegramm gerichtet:

„Wiederum, wie in den letzten Jahren, ist in Reg. vorläufig in der Zivilbevölkerung eine Typhusepidemie ausgebrochen, welche die Garnison ernstlich gefährden kann. Sie hat ihren Ursprung in der schlecht verwahrten „Bouillon-Cuvelle“ und ihrer in unerhörtem Zustand befindlichen Leitung. Diese Sachlage ist lediglich Schuld der Stadtverwaltung Reg., welche absolut nicht zu energischem Handeln bezüglich ihrer Wasserversorgung sich entschließen kann. Laut Meldung der Kommission, welche im Vorjahr die sanitären Verhältnisse in Reg. und Umgegend untersuchte — darunter Excellenz v. Reußold und Koch — sind die Zustände geradezu himmelschreiend und empörend; trotz allen Drängens und Protestirens des Generalkommandos des 18. Armeecorps, welches andauernd auf die schwere Gefahr für das Militär hingewiesen und das Wasser als unbrauchbar bezeichnete, hat die Stadt nichts Ernstes gethan! Das ist nun nicht länger angänglich! Im Kriegsfalle würden diese Zustände eine Katastrophe unvermeidlich zur Folge haben. Ich ersuche Ew. Durchlaucht, un-gehend mit den allerschärfsten Mitteln den Zuständen ein Ende zu machen und die Stadt zu ihrer Pflicht zu zwingen.“

Man begreift die Sorge des Kaisers um die Gesundheit der Soldaten, man kann es auch der Stadtverwaltung gönnen, daß sie in solcher Form an ihre Pflichten gemahnt wird, trotzdem ist es doch ein Vorgang, der seine Erklärung nur in Zuständen findet, die mit den staatsrechtlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehen.

Der Statthalter telegraphierte nach Empfang des kaiserlichen Telegramms sofort an die städtische Behörde, daß, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen würde, die Sanierungsarbeiten von der Landesverwaltung auf Kosten der Stadt in Angriff genommen werden würden. Am 30. August ging dem Statthalter vom Bürgermeister in Reg. die Meldung zu, daß mit den Sanierungsarbeiten bereits begonnen sei.

Der Vorgang gehört als ein Aufmeckblatt in die Geschichte des deutschen Bürgerthums, das sich nicht beklagen darf, wenn es so behandelt wird, wie es verdient. Bedauerlich ist nur, daß andre erst wieder gut zu machen haben werden, was das Bürgerthum durch sociale Verstandlosigkeit und Unfähigkeit wie durch politischen Schwachmut verschuldet. —

Ulramontane Sorgen.

In Jngolstadt fand am 31. August und 1. September der Verbandstag der süddeutschen katholischen Arbeitervereine statt, wobei es auch zu einer bemerkenswerten Debatte über das Verhältnis der katholischen Arbeitervereine zur Gewerkschaftsbewegung kam. Aus den Bemerkungen, die einzelne geistliche Herren dazu machten, ist zu entnehmen, daß man in ultramontanen Kreisen lebhaftest Besorgungen für die Zukunft der christlichen Gewerkschaften hegt. Man traut nämlich den christlichen Gewerkschaftsführern nicht mehr! Hr. Widmann-Wilching rollte die Frage auf, was geschehen solle, wenn die christlichen Gewerkschaften einmal Leute auf den Schild hoben, die weniger christlich dächten, als die jetzigen Führer. Man müsse deshalb dafür sorgen, daß die katholischen Arbeitervereine tüchtige Gewerkschaftsführer heranzüchten und dann müsse man abwarten, wie die Gewerkschaften die Probe bestehen, eventuell werde man dann katholische Gewerkschaften gründen. Auch Abg. Dr. Pöschler meinte, es sei nötig, daß die Präsidien der katholischen Arbeitervereine die Ratgeber der Gewerkschaften bleiben, dann sei die Gefahr nicht so groß, daß die Führer abschwanken!

Die christlichen Gewerkschaften werden zu ihren Führern doch jedenfalls ihre intelligentesten Mitglieder wählen, und es ist unter solchen Umständen sehr bezeichnend, wenn die geistlichen Herren gar so große Angst haben, daß gerade die Klügsten aus ihrer Herde auf „Abwege“ geraten könnten. Die Herren wissen eben sehr genau, daß Leute, die die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu beurteilen verstehen, auch das Wesen der ultramontanen Arbeiterpolitik richtig erkennen und dann sehr bald „abschwanken“!

Diese Ermahnungen geben noch einem andern Geistlichen Anlaß zu einer Warnung. Der Benefiziat Papp aus Kronach erklärte, auf dem Lande müsse man mit christlichen Gewerkschaften sehr vorsichtig vorgehen. Wenn hier christliche Arbeiter kämen und immer von Streiks sprächen, so werde dadurch ebenso die Unzufriedenheit genährt, wie durch die Socialdemokratie. Und der Korreferent Präses Dr. Reychbach endlich warnte die christlichen Gewerkschaften, sie möchten sich bei Streiks doch nicht immer ohne weiteres von den Socialdemokraten mitziehen lassen; es sei ihre Pflicht, selbst zu überlegen und nicht nachzuspinnen, wenn kein Grund dazu vorliege.

Der Verbandstag nahm dann einstimmig eine Resolution an, die den Vereinen empfiehlt, ihre Mitglieder über die Gewerkschaftsbewegung aufzuklären und sie zum Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation zu veranlassen. Jedoch könne man nur den auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften stehenden Organisationen Sympathien widmen.

Eine weitere Resolution fordert die Diözesan- bzw. Bezirksverbände an, Mittel zur Gründung von Arbeitersekretariaten, Volksbüros u. s. zu schaffen. In der Debatte wird lebhaft gelagert, daß das „socialdemokratische“ Arbeitersekretariat in München durch seine erfolgreiche Thätigkeit den katholischen Arbeitervereinen viel Abbruch thue. —

Katholizismus und Socialdemokratie.

Aus dem Rheinlande schreibt man uns: In einer ganzen Reihe von Centrumsblättern findet sich eine Schimpfepistel, die sich gegen den Artikel des „Vorwärts“ wendet, worin der gelegentlich des Kölner Katholikentages veranstaltete Arbeitermarch kritisch besprochen war. Es heißt in dem Artikel, wie ihn die „Vorm.“ „Reichszeitung“ bringt, u. a.: „So viele Ungeheuerheiten haben die roten Agitatoren gerade unter der rheinischen Arbeiterkassette seit Jahren aufgewendet und ungezählte Tausende es sich kosten lassen, um die christlichen Arbeiter für den Umsturz zu gewinnen — und immer wieder mußten sie die entsetzliche Erfahrung machen, daß der Erfolg zu ihren Bemühungen im umgekehrten Verhältnis stand. Auf ihnen nun, nach der jahrelangen rastlosen und unfruchtbarsten Arbeit, dieses gewaltige öffentliche Bekenntnis vieler Tausende Arbeiter zum Christentum nicht wie ein Hohn auf ihre Bestrebungen vorzukommen? Kein Wunder daher, daß helle Verzweiflung sich ihrer bemächtigt angesichts der völligen Aussichtslosigkeit, in diesen Kreisen jemals etwas für ihre Ziele zu erreichen.“

Wir haben nichts dagegen, wenn die Centrumpresse sich selbst betrügen will. Wir sind mit den Erfolgen in den katholischen Gegenden, und besonders mit denen bei der eben erwähnten „rheinischen Arbeiterkassette“, durchaus zufrieden. Die Wahl am 10. Juni hat gezeigt, daß es auch unaufrichtig vorwärts geht. Wie man in den Centrumskreisen denkt, die ein zutreffendes Urteil darüber haben können, das hat der Centrumsführer Trimborn gelegentlich des Katholikentages gezeigt. Abg. Trimborn sagte: „Es ist durch die letzte Wahl festgestellt, daß auch der katholische Arbeiterstand nicht mehr gegen die socialdemokratische Verfahrungsweise ist.“ In den durchweg katholischen Regierungsbezirken Köln, Koblenz, Aachen und Trier stieg die socialdemokratische Stimmzahl seit 1898 von 81 300 auf 55 240, was eine Zunahme von 76 Prozent der damaligen Stimmen bedeutet. Den katholischen Wahlkreisen Köln-Land und Rhein- u. Wipperfurth-Gummersbach fehlt nicht viel an der Verdoppelung. Köln-Land stieg von 6980 in 1898 auf 13 428 bei der jetzigen Wahl; Rhein- u. Wipperfurth stieg von 4341 socialdemokratische Stimmen auf 7871. Und auch Köln-Stadt, eben der Ort des Umzugs der katholischen Arbeiter, sah trotz der für die Socialdemokratie ungünstigen Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse (die Arbeiterbevölkerung wird durch die eigenartigen Kölner Wohnungsverhältnisse immer mehr in die zu Köln-Land gehörenden Vororte gedrängt) ein Wachstum der socialdemokratischen Stimmen von 9008 auf 13 291, also um 4283 Stimmen. Die übrigen Wahlkreise der genannten Regierungsbezirke sind fast durchweg ländliche und industriell und wirtschaftlich zurückgeblieben. Aber auch in allen diesen ist die Socialdemokratie gewachsen und hat sich meist verdoppelt und verdreifacht. Bonn-Rheinbach stieg gegen 1898 von 479 auf 1610, Aachen-Stadt von 2536 auf 3900, Aachen-Land von 1335 auf 2381, Düren-Jülich von 657 auf 1308, Schleiden- u. Palmedy von 60 auf 284, Koblenz-St. Goar von 777 auf 2007, Remscheid von 218 auf 558, Weglar- u. Altenkirchen von 2507 auf 3106, Noyen- u. Arweiler von 197 auf 725, Trier von 284 auf 803, Saarbrücken von 710 auf 1875 Stimmen. Der letzte der fünf rheinischen Regierungsbezirke, Düsseldorf, hat zum Teil stark protestantische Wahlkreise. In den katholischen Kreisen sind wir auch dort, zum Teil ganz gewaltig gewachsen. In Düsseldorf von 10 712 auf 20 375, Essen-Stadt von 5400 auf 22 778, Wülfrath-Duisburg von 7794 auf 23 284, Krefeld von 4144 auf 7298, W.-Gladbach von 2071 auf 3673, Reuß-Grevenbroich von 884 auf 1500, Kempen von 1240 auf 2379, Mors-Rees von 214 auf 1496, Neer- u. Gelbern von 291 auf 404. In der gesamten Rheinprovinz stieg die socialdemokratische Stimmzahl von 111 966 auf 205 035. Wenn angefaßt aller dieser Zahlen die Centrumpresse von „enthutendenden Erfahrungen“ und „infolgedessen „beller Verzweiflung“ unserer rheinischen Parteigenossen reden kann, so ist das Specialvergnügen, das sie sich mit sehr geringen geistigen Unkosten verschafft hat. Es wird lediglich von der Arbeit abhängen, die wir auf diese Gebiete verwenden, daß wir auch dort bald eine maßgebende Stellung erringen. —

Rechtswater Wäson. In den Kreisen der deutschen Historiker wird erzählt, so berichtet die „Deutsche-österreichische Korrespondenz“, und auf dem Historikertage in Heidelberg sei es von Mund zu Mund gegangen, der bisherige Leiter des Preussischen Historischen Instituts in Rom, Prof. v. Schulte, habe in der vatikanischen Bibliothek sämtliche Akten zum Ablasskreuz von 1517 zur Veröffentlichung vorgelegt erhalten. Es sei aber in ihm der Gelehrte mit dem Ultramontanen in Konflikt geraten und so habe er betreffs der Veröffentlichung beim Reichskanzler angefragt und den bezeichnenden Bescheid erhalten: „Ignorieren“. Die evangelisch-gesinnten Kreise klagen darüber, daß durch solche Unterdrückung der historischen Wahrheit der Katholizismus gesichert würde und wichtige Beweisstücke, die für die Berechtigung der Reformation sprechen, unter Verschluss blieben.

Im Grunde genommen ist es nichts Neues, daß die Unterdrückung und Verleugnung der historischen Wahrheit mit zum Geschäft der Staatverwaltung gehört. Der vorliegende Fall würde nur, seine Richtigkeit vorausgesetzt, beweisen, daß sich die Abneigung der preussischen Regierung gegen die Veröffentlichung von Dokumenten bereits ins Krankhafte gesteigert hat. —

Auf dem deutschen Städtetage trat der Oberbürgermeister von Dresden, Deutler, dem Oberbürgermeister Abides entgegen in der Annahme, dieser habe die Erfüllung aller Forderungen der Socialdemokraten hinsichtlich der sozialen Aufgaben der Städte verlangt. Darin verkennt ja der Dresdener den Frankfurter Oberbürgermeister oder ihm sind die Forderungen der Socialdemokraten an die socialpolitische Thätigkeit der Städte nicht bekannt. Herr Deutler führte aus:

Ich kann den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht vollständig beipflichten. Ich halte dafür, die städtischen Verwaltungen haben bei Lösung ihrer sozialen Aufgaben nicht bloß die Lohnarbeiter, sondern alle Berufsstände, zum mindesten ebenso den gewerblichen Mittelstand zu berücksichtigen. Der Handwerker, der Beamte, das Ladenfräulein usw. erscheinen ebenso der sozialen Fürsorge, wie der Lohnarbeiter. Ich bin auch der Überzeugung, daß wenn selbst alle Forderungen der Socialdemokraten betreffs der sozialen Aufgaben der Stadtverwaltungen erfüllt werden, dies die sociale Unzufriedenheit nicht aus der Welt schaffen würde. Die Arbeitslosen-Versicherung und der Arbeitsnachweis gehören nicht zu den sozialen Aufgaben der Städte. Dagegen ist der Volksbildung volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ganz besonders ist der Fach- und Fortbildungsschul-Unterricht zu fördern, und damit die deutsche Familie wieder zu Ehren gelange, sind für die Mädchen Haushaltungsschulen zu errichten. Ganz besonders muß auf die Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes durch Verbesserung des Endmissionswesens, Stärkung der Innungen, insbesondere aber durch Gründung von Darlehns-, Unterstützungsstellen und so weiter Bedacht genommen werden. Es müssen außerdem Lesehallen allerorten errichtet und dem Wohnungswesen volle Aufmerksamkeit zugewendet werden. Auch das kommunale Wahlrecht muß eine gerechtere Gestaltung erhalten. Dadurch wird es möglich sein, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen und einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu schaffen.

Herr Deutler, der stürmischen Beifall erntete, hat übrigens darin recht, daß die Erfüllung der Forderungen, die wir an die Gemeinden stellen, uns noch nicht zufrieden stellen würde.

Beschlossen wurde: den Vorstand des Deutschen Städtetages durch Zuwahl zu verneuern und diesen zu beauftragen, dahin zu wirken, daß der Deutsche Städtetag eine ständige Einrichtung werde. Der Vorstand wird beauftragt, ein ständiges Bureau zu errichten, das die Vorarbeiten für den nächsten Deutschen Städtetag übernimmt. Dieser soll innerhalb der nächsten drei Jahre zusammen-treten. —

Den Kronenorden 2. Klasse hat der mecklenburgische Agrarier Re t t i c h erhalten, der sich als Vorsitzender der Volkstisch-Kommission besonders ausgezeichnet hat. —

Das Prinzengefängnis in Hannover hat jetzt ein Disciplinar-verfahren. Es soll ermittelt werden, wenn der preussische Räderkrenberg die heiteren Stunden verbannt, die er dort verleben durfte. Zwei Hülfsaufseher sollen bereits aus dem Dienste entlassen sein, gegen drei Aufseher soll das Disciplinarverfahren eingeleitet sein. Ob es möglich sein wird, durch Verurteilung einiger Aufseher ein System zu entlasten, das den Prinzen selbst im Wärdner noch sieht, den ehrenhaftesten Menschen aber als Verbrecher behandelt, wenn sein „Verbrechen“ darin besteht, daß er eine „ordnungsfeindliche“ Handlung begangen hat, scheint sehr zweifelhaft. —

Monarchiefreiheit. Der König Eduard von England, der in Wien zu Besuch ist, hat sich im dortigen Burgtheater die Aufführung der „Roten Robe“ bestellt, weil das Stück in seinem Königreiche verboten ist. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein militärischer Erfolg. Seit die Kriegsminister der beiden Reichshälften, um den Widerstand des ungarischen Abgeordneten-hauses gegen die Heeresverhärtung zu brechen, die Zurückbehaltung der ausgeschiedenen Mannschaften bis zum Jahresabschluss angeordnet haben, sind verschiedentlich die ungarischen Truppenteile Ausrückungen der Disziplinierung vorgekommen. Ihnen folgte am Donnerstag eine weit ernstere Demonstration in Liefitz. Ein Haufen Soldaten, die demnächst hätten entlassen werden müssen, zogen unter Abkündigung des Liebes der Arbeit durch die Straßen, von Zeit zu Zeit Protestrufe gegen die Verfügung des Kriegsministeriums ausstößend. Bald sammelte sich um sie eine zahlreiche Menge, die mit ihnen sympathisierte. Erst als auf erfolgte Meldung starke Patrouillen eines andren Regiments heranrückten, flüchteten die Demonstrierenden. —

Frankreich.

Der Abgeordnete Jaurès nimmt jetzt in der „Petite République“ ebenfalls das Wort zur sogenannten Vicepräsidenten-Frage. Wie bei seiner politischen Stellung selbstverständlich ist, hält er den Standpunkt Bernsteins und Vollmars für den allein richtigen und meint, daß mit dem Fortschritt der socialistischen Bewegung in Deutschland die Auffassung dieser beiden Politiker immer-mehr die des ganzen socialistischen Proletariats werden würde. Wenn auch, fährt er aus, die Frage in Dresden sicher noch in negativem Sinne gelöst werde, so würde sie doch immer wieder-lehren. Wenn die Partei im Reichstage einmal die Majorität haben würde, sei sie vor das Dilemma gestellt: Entweder das ganze System der Monarchie radikal (revolutionairement) zu beseitigen, oder aber die Form der Institution des Kaiserthums bestehen zu lassen und ihre Macht so zu beschränken, daß sie die politische und sociale Entwicklung der Demokratie nicht mehr hindern könne. Weiter erinnert Jaurès an die maßvolle Rede des Genossen Gehel im Reichstage auf die Dresdener und Essener Ansprachen des Kaisers. In dieser Rede habe Gehel die Monarchie als eine durchaus unnütze Institution bezeichnet und frei und offen deren Beseitigung angekündigt. „Aber ich glaube mich nicht zu irren — so fährt Jaurès fort — wenn ich meine, daß Gehel dabei eine politische Entwicklung im Auge hatte, durch welche der Inhalt der Monarchie (Constitution imperiale) ge-ändert, lange bevor die Form selbst gebrochen wird.“ —

England.

Antisemitische Aufstrebungen meldet der „Daily Graphic“ und der „Daily Express“ aus Dowlais in Süd-Wales. Eine größere Anzahl Juden, meistens polnischer und rumänischer Herkunft, ist in den dortigen Schieferbrücken beschäftigt. Die irischen und auch die englischen Arbeiter sind damit sehr unzufrieden und weigern sich vielfach, mit den Juden zusammen zu arbeiten. Die ersten Anzeichen einer ernstern Lage, die sich inzwischen bedrohlich gestaltet hat, traten am 31. August auf. An diesem Tage wurden zwei jüdische Arbeiter auf der Landstraße angegriffen. Am nächsten Tage wurde eine Abteilung von 20 jüdischen Arbeitern an derselben Stelle belästigt. Sie leisteten entschlossenen Widerstand, bis sich eine feindlich gesinnte Volksmenge ansammelte, vor der sie fliehen mußten. Mehrere von ihnen wurden bei diesem Zusammenstoß verletzt, darunter einer ernstlich. Später sammelte sich eine große Menschen-menge vor der Einfahrt in die Schieferbrücke an, um dort das Er-scheinen der jüdischen Arbeiter abzuwarten. Die Häuser der letzteren wurden mit Steinen bombardiert. 300 von ihnen kamen gestern aus Furcht vor der aufgeregten Menge in den Straßen nicht zur Arbeit. Eine starke Polizeimacht gab ihnen dann Geleit und blieb während des ganzen Tages im Dienst.

Norwegen.

Der erste socialdemokratische Storting's-Abgeordnete, Kandidat J. Berge, ist, wie ausgeschrieben wird, Redakteur der von dem socialdemokratischen Verein in Karbil herausgegebenen Zeitung „Fremover“ („Vorwärts“). Er ist Katholik und hat theologische Studien in dem französischen Kloster La Salette bei Grenoble sowie am katholischen Priesterseminar in Trondhjem gemacht und war in Norwegen einige Zeit als Lehrer und Katechet an einer katholischen Kirche thätig. Von bürgerlichen Blättern wird die Meinung verbreitet, Berge stehe in einem Gegenatz zu den „Kristiania-Socialisten“. Demgegenüber weist „Socialdemokraten“ darauf hin, daß Berge das Programm der norwegischen Arbeiterpartei durchaus anerkennt, daß der Verein, der ihn als Kandidaten aufgestellt hat, der Partei angehört und daß im übrigen auch die Haltung des „Fremover“ beweist, daß er im vollsten Sinne des Wortes Socialdemokrat ist. —

Uebrigens bleibt es nicht bei dem einen socialistischen Abgeordneten; auch noch in zwei andren Kreisen sind die Wahlmänner-Wahlen günstig für die Socialdemokratie ausgefallen. So meldet Wolffs Bureau:

Kristiania, 3. September. Die Wahlmänner-Wahlen in Tromsø Amt ergaben einen Sieg für die Socialdemokraten, welche dadurch im Storting drei Siege von der Linkenpartei eroberten.

Kristiania, 3. September. Nach den bisherigen Wahl-männer-Wahlen gilt es als wahrscheinlich, daß die Rechtenpartei und die gemäßigtere Linke im Storting die Mehrheit mit 50 bis 60 von insgesamt 117 Stimmen haben werden. —

Rußland.

Herrn Wittes „Beförderung“. Von manchen Blättern wird noch immer bestritten, daß Herrn Wittes Ernennung zum Präsidenten des Ministerkomitees eine Aufstellung des einst in Rußland fast all-mächtigen Finanzministers bedeutet. Der Londoner „Daily Telegraph“ will sogar wissen, Wittes habe selbst seine Veretzung beantragt, weil er die schwere Verantwortung für sein Amt nicht länger tragen möchte. Demgegenüber führt eine au die „Woffische Zeitung“ gerichtete Zuschrift aus, daß dem bisherigen Finanzminister in seiner neuen Eigenschaft durchaus keine Initiative zusteht. Seine neuen Amtspflichten beschränken sich auf die Führung des Vorsitzes im Ministerkomitee und auf den Vortrag beim Czar über besonders wichtige Angelegenheiten. Das Ministerkomitee ist zuständig 1. für Angelegenheiten, die ein Zusammenwirken von mehreren Ministern erfordern, 2. für Angelegenheiten, die die Zuständigkeit der einzelnen Minister überschreiten, 3. für Maßnahmen, für welche der Ressortminister eine alleinige Verantwortung nicht übernehmen will und 4. für eine Reihe von geschlecht genau umschriebener Staatsangelegenheiten außer-ordentlicher Natur (so z. B. Volkszählung). Mit Ausnahme der An-gelegenheiten dieser letzteren Kategorie, die dem Ministerkomitee sozusagen automatisch zugehen, werden alle andren Fragen von den Ressortministern selbst und nur auf deren Veranlassung dem Ministerkomitee vorgelegt. Der Einfluß des Präsidenten ist im Ministerkomitee formell gering, und so lange die Grundbestimmungen des Gesetzes über die Zu-ständigkeit des Ministerkomitees unverändert bleiben, ist wohl nicht zu erwarten, daß die Stellung des Herrn Wittes sich viel anders gestalten wird, als die seines Vorgängers. Dazu kommt, daß die Umstände, unter denen seine Ernennung zum Präsidenten des Ministerkomitees erfolgt ist, keineswegs auf eine Stärkung seines

Einfluss hinweisen. Er ist nicht einmal für seine zehnjährige Dienstleistung irgendwie ausgezeichnet worden.

Zunächst bestätigt dem auch Wittes eigener Erlass, den er bei seinem Scheiden an die Beamten des Finanzministeriums gerichtet hat, daß er nur gezwungen seinen bisherigen Posten verläßt. Es findet sich in dem Schreiben kein einziges Wort von einem freiwilligen Verzicht, einer Leberbüdung oder dergl., dagegen heißt es mit einer trotz aller Zurückhaltung unbefehlbaren inneren Empörung des Verfassers über die ihm widerfahrene Behandlung: „Durch allerhöchsten Erlass vom 16. August ist mir befohlen worden, Vorkührender des Ministerkomitees zu sein. In dem ich das Finanzministerium verlässe, dessen Leiter ich nach dem Willen des in Gott ruhenden Kaisers Alexander III. und des jetzt glücklich regierenden Kaisers elf Jahre hindurch gewesen bin, kann ich nicht umhin, dessen zu gedenken, daß diese ganze lange Periode für das Finanzministerium eine Zeit schwerer und ununterbrochener Arbeit gewesen ist.“

Vulgarien.

Ein Schiffsexplosion. In der Nacht von Mesembria, unweit von Burgas, an der bulgarischen Küste, ist Konstantinopeler Meldung zufolge vorgestern das der ungarischen Levante-Schiffahrt-Gesellschaft gehörende Dampfschiff „Baslapu“ teilweise durch eine Explosion zerstört worden, wobei nach neueren Meldungen 26 bis 29 Personen ums Leben gekommen sind. Zuerst wurde eine Kesselexplosion angenommen, doch gewinnt es mehr und mehr den Anschein, daß die Explosion durch Sprengstoffe herbeigeführt ist und die bulgarischen Komitees dabei ihre Hand im Spiele haben, da die Kommandobrücke völlig abgesprengt ist, was sonst ganz unerklärlich wäre. Da das Schiff vorgestern in Konstantinopel fällig war, wird vermutet, daß die Explosion am vorgestrigen Festtage im dortigen Hafen erfolgen sollte, was durch die verspätete Abfahrt des Schiffes von Barna vereitelt wurde.

Amerika.

Der Kampf um den New Yorker Bürgermeistern. In New York beginnen die Parteien sich für den Wahlkampf um das am 3. November freiwerdende Amt des Mayors von New York vorzubereiten. Die Parteiberatungen zur Aufstellung der Kandidaten sind für die nächsten vierzehn Tage angesetzt. Die Wahl wird sich diesmal, einer Lauffahrt-Meldung zufolge, besonders interessant gestalten, da es sich um ein Urteil darüber handelt, was die Reformverwaltung des gegenwärtigen Mayors Seth Low in den zwei Jahren ihrer Tätigkeit geleistet hat. Als demokratische Kandidaten wird Tammany Hall, die Organisation der New Yorker demokratischen Partei, wahrscheinlich das Kongressmitglied Mac Glellan aufstellen, während die Republikaner für die Wiederwahl Seth Lows eintreten dürften. Die republikanische Partei-Organisation arbeitet zwar vorläufig noch gegen die Wiederstellung Lows, im letzten Augenblick wird sie jedoch voraussichtlich nachgeben und seine Kandidatur unterstützen. Als dritten Kandidaten empfiehlt sich der frühere Polizeichef von New York Dewey, der als „Unabhängiger“ in den Wahlkampf zieht.

Partei-Nachrichten.

Zur Vizepräsidenten-Frage. Unser Partei-Organ in Bremen schreibt: „In der letzten Versammlung des Socialdemokratischen Vereins, die sich mit dem Parteitag befahte, wurde eine Resolution Donats, die sich gegen die Beteiligung an der Vizepräsidentenschaft bei Übernahme höflicher Verpflichtungen und gegen Vernunft wandte, abgelehnt. Hierfür und auswärtige bürgerliche Blätter ziehen daraus teils direkt, teils indirekt irrtümliche Schlüsse über die Stellung der hiesigen Socialdemokratie zu den beregten Fragen. Es sei deshalb festgesetzt, daß die Majorität die Resolution aus formellen Gründen ablehnte. In der Sache selbst herrschte in der Versammlung völlige Uebereinstimmung mit dem Referenten, Reichstags-Abgeordneten Schmalfeldt, der sich scharf gegen die Beteiligung am Präsidium im Sinne Vernunft und gegen die zwecklose Aufwertung von Streikfragen durch Vernunft und andre ausgesprochen hatte. Es wurde ausgeführt, daß die Annahme einer Resolution angesichts der völligen Uebereinstimmung der Ansichten nicht notwendig sei.“

Der Socialdemokratische Verein Offenbach nahm folgende Resolution an: „Der Verein erwartet vom Parteitag, daß er die socialdemokratische Reichstags-Fraktion beauftragt, den Posten eines ersten Vizepräsidenten zu fordern. Der für dieses Amt von der Fraktion Vorgeschlagene hat im Falle seiner Wahl alle nach der Verfassung und Geschäftsordnung damit verbundenen Pflichten zu erfüllen, indes die von den bürgerlichen Parteien der Socialdemokratie angebotenen Bedingungen höflichen Ceremoniells zu vermeiden.“

Der Socialdemokratische Verein für Wilhelmshurg und Umgebung „gibt dem Bundes-Ausschuss, daß die Partei nach wie vor festhält an der bisherigen Taktik und ihren proletarisch-revolutionären Grundgedanken; sie behauptet die durch die unzeitige Aufstellung der Vizepräsidentenfrage verursachte Zeit- und Kraftvergeudung und hofft, daß nach den unruhigen Streitereien die Partei — ihren großen Erfolgen entsprechend — fruchtbarere praktische Arbeit leisten wird. Von der Fraktion des Reichstages erwartet sie, daß sie Anspruch erhebt auf den ihr zustehenden Vizepräsidentenposten, alle Verpflichtungen zu höflichen Höflichkeiten aber ganz entschieden zurückweist.“

Gegen die Verlesung der Reichstages-Protokolle auf den ersten Sonntag im Mai sprach sich durch Annahme einer Resolution eine Parteiverammlung des sechsten sächsischen Wahlkreises aus.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Heiligkeit des Sonntags sollen einige Dortmunder Parteigenossen während der Reichstags-Wahlbewegung durch Verteilung von Flugblättern verletzt haben. Die Polizei hatte die Flugblattverteiler mit Strafmandaten bedacht, die auch vom Schöffengericht bestätigt wurden. Die Verurteilung sprach die Angeklagten jedoch frei, und zwar, weil das Gericht annahm, die sonntägliche Verteilung von Flugblättern sei kein Verstoß gegen die äußere Heiligkeit des Sonntags, namentlich nicht, weil die Verteilung nicht wirtschaftlichen, sondern lediglich parteipolitischen Zwecken diene, es fehle das Kriterium der Arbeit, infolgedessen konnte auch von einer strafbaren Handlung nicht die Rede sein.

Wißhände im Lehrlingswesen waren es, welche die Mannheimer „Volkstimme“ an der Hand eines bestimmten Falles zur Sprache brachte. Der Lehrherr, ein Buchbindermeister, klagte durch den Artikel beleidigt und klagte gegen den Redakteur. Durch die Aussagen von 24 Zeugen wurde festgestellt, daß der Lehrling während der Mittagspause in der Werkstatt tätig war, daß er abends bis 10 Uhr noch Bücher heftete, morgens vor Beginn der Werkstattarbeit zum Trottoirkehren, Wäscheholen, Sandaustauschen, Fensterputzen, abends zum Tischwischen, Entleeren der Känder, gewissermaßen also als „Mädchen für alles“ verwendet wurde, und daß es öfters schwere Hebe absetzte. Obwohl hierdurch die Angaben des Artikels im wesentlichen als wahr erwiesen wurden, erkannte das Gericht doch auf eine Geldstrafe von 30 M., weil der Artikel nach Annahme des Gerichts einige Lebertreibungen enthalte. — Da werden wohl die in der Hauptsache wahren Thatsachen in einigen Nebenpunkten nicht ganz gestimmt haben, und der Redakteur muß nun dafür büßen, daß er nicht in allen Einzelheiten genau unterrichtet war.

Die Lage des gewirtschaftlichen Hilfspersonals.

Es ist schon oft auf den schmerzhaften Gang hingewiesen worden, durch den unsere vielgerühmte Socialreform sich auszeichnet, auf das lange Laubern und Erwürgen, ehe wieder ein kleines Schritchen nach vorwärts getan wird. Jahrelange Erhebungen und Untersuchungen — gegen die wir in Grunde natürlich nichts einzuwenden haben — finden ihren Abschluß in kleinen, ungenügenden Maßnahmen. Ueberall Fick- und Stückerarbeit, nirgends ein Zug ins Große.

Besonders trifft dies zu auf die Bundesrats-Verordnung, welche die Arbeitszeit der Kellner und Köche regelt. Wiederholt ist hier auf das Ungenügende dieser „Reform“ hingewiesen worden; was an ihr aber vor allem auszuweisen ist, das ist der Umstand, daß sie nur Geltung hat für den kleineren Teil der Angestellten, während die große Masse der ungelerten Arbeiter im Gastwirtsgerwebe vollkommen unberücksichtigt läßt. Die Verordnung vom 23. Januar 1902, die mit dem 1. April desselben Jahres in Kraft trat, bringt dem gelernten Personal (Kellnern, Köchen, Buffettiers) den sechs zehnstündigen Arbeitstag und in jeder zweiten bzw. in jeder dritten Woche eine 24stündige Ruhezeit. Man sollte meinen, diese „Segnungen“ des Gesetzes hätten auch die Hilfsarbeiter (Hausdiener, Portiers, Kutscher, Zimmerer, Küchenmädchen etc.) wohl übertragen können, ohne daß der hohe Bundesrat erst bis auf das allergenauste deren Arbeitsbedingungen statistisch erforscht hätte. Die Erhebungen der k. f. A. über die Arbeitsverhältnisse des gelernten Personals hatten doch ohnehin den vollen Nachweis erbracht, daß hier in den Stätten der Erholung und der Freude eine Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft betrieben wird, die kaum noch zu überbieten ist. Daß das Hilfspersonal etwa besser gestellt sein könnte als das gelernte, ist bei dem Ineinandergreifen des Betriebes natürlich ausgeschlossen. Jedoch es blieb dabei: die Einbeziehung des Hilfspersonals unter die Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung wurde abgelehnt mit der Begründung, daß deren Lage nicht Gegenstand der amtlichen Untersuchungen gewesen sei.

Daß die Regierung verärgert, hat nun der „Verband deutscher Hoteldiener“ nachzuholen versucht, indem er eine Enquete über die Lage der Hilspersonen im Gastwirtsgerwebe veranstaltete. Das Resultat dieser Erhebungen liegt jetzt in einer kleinen Broschüre vor. Wie jede andre mit den ungenügenden Mitteln von Privatpersonen hergestellte Enquete, so ist auch diese, wie die Verfasser übrigens selbst sagen, mit manchen Mängeln und Unzulänglichkeiten behaftet; alle zweifelhaften und ungenauen Angaben sind aber ausgeschieden worden und so ist das Resultat immerhin als typisch für die ganze hier in Betracht kommende Arbeiterkategorie anzusehen.

Die Erhebungen erstreckten sich auf 68 Orte beziehentlich auf 522 Betriebe mit insgesamt 1301 beschäftigten Personen. Die Frage nach der Arbeitszeit beantworteten 1201 Hoteldiener. Von diesen hatten nur 43 das „Glück“, nicht länger denn 14 bis 15 Stunden pro Tag beschäftigt zu sein; bis zu 16 Stunden arbeiteten insgesamt nur 15,90 Prozent der Befragten, der ganze Rest hat eine Arbeitszeit von über 16 Stunden, für diesen hätte die Stellerverordnung mit ihrer 10stündigen Maximalarbeitszeit schon eine erhebliche Verbesserung bedeutet. 784 oder 65,28 Prozent hatten täglich 16—18 Stunden, 228 oder 18,28 Prozent sogar 18—20 Stunden zu arbeiten.

Die Frage, ob dazwischen Ruhepausen eintreten, findet von 1001 Personen ausreichende Beantwortung; nur für 102 von diesen werden solche als vorhanden angegeben. Was übrigens solche Zwischenpausen im Gastwirtsgerwebe für die Angestellten wert sind, ist aus den Erhebungen der k. f. A. ersichtlich; es handelt sich bei diesen um einen Zustand dauernder „Arbeitsbereitschaft“.

Man sollte nun annehmen, daß diese während des ganzen Tages so viel Belastungen wenigstens die paar Nachstunden einer ungestörten Ruhe sich hingeben könnten. Weit gefehlt! Fast die Hälfte, nämlich 589, hatten weiterhin noch Nachtwachen zu verrichten, und zwar jeden siebenten Tag 60 Personen, jeden vierten Tag 29, jeden dritten Tag 119, jeden zweiten Tag 24 und jeden Tag 131 Personen. Nur in 24 Fällen tritt dann am nächsten Tag eine bestimmte Ruhezeit als Ersatz für die Nachtwache ein, die für die Mehrzahl aber nur 2—4 Stunden beträgt.

Ruhezeit giebt es für die Hoteldiener ebensowenig; es werden nach vorher eingehender Erlaubnis nur sogenannte „Ausgehstage“ gestattet, die durchschnittlich 7—9 Stunden umfassen. Den Luxus solcher Ausgehstage können sich nur zwei in jeder Woche, die Mehrzahl nur jede zweite, viele auch nur alle drei und vier Wochen leisten, während 320 dieser Vergünstigung gar nicht oder doch nicht regelmäßig teilhaftig werden.

Für das weibliche Hilspersonal, das nur in sehr geringem Umfange an der Beantwortung beteiligt ist, bestehen fast die gleichen Verhältnisse. Auch hier sind Arbeitszeiten bis zu 17 Stunden die Regel, solche von mehr Stunden nichts Seltenes. Sogar Nachtwachen mußten 63 von den 169 in Betracht kommenden Personen verrichten.

Um das Bild dieses modernen Sklaventums vollständig zu machen, müssen wir noch kurz die Wohnungs- und Lohnverhältnisse betrachten.

Die meisten der Befragten, nämlich 1182 hatten „Kost und Logis“ im Hause des Unternehmers. Die Beschaffenheit der Wohnräume erklärten 728 Personen für „gut und ausreichend“, 454 Personen für „schlecht und ungesund“. Man darf aber dem Verfasser wohl zustimmen, wenn er sagt, daß die als gut und ausreichend bezeichneten Räume zweifellos in vielen Fällen auch nicht den bescheidensten Anforderungen eines nicht verwöhnten Durchschnittsmenschen entsprechen, denn die elenden Arbeitsverhältnisse haben die Masse der Hoteldiener in ihren Ansprüchen an Sauberkeit usw. weit herabgedrückt. So wurde z. B. von den als ausreichend bezeichneten Räumen bei den näheren Angaben bemerkt, daß sie im Keller liegen, Platz genug vorhanden sei, aber das Licht fehle.

Von den als schlecht bezeichneten Räumen wurden u. a. folgende, ständig wiederkehrende Schilderungen gegeben:

Feuchter Keller mit miserabler Putz, Strohsack und Dede; niedrige Dachkammer in traurigen Zuständen; Helle unter dem Hotelausgang; feuchte Keller; Keller ohne Fenster, ohne Licht, viel Ungeziefer; Kammer, in der man sich nicht aufrichten kann, ohne Licht; Stubse neben Klosett und Schweinehülle; in kleiner Kammer zwei Mann in einem Bett; Raum zwischen Kichen- und Abortgrube; dunkler Bodenraum; unter der Treppe und dunkel; kleines, mit einem kleinen Fenster versehenes Zimmer, in dem 6 Mann schlafen; im Erdgesch. unheimlich, mit Cement ausgelegter Fußboden, zugleich werden hier alle Stiefel gewaschen; Schlafstelle im Hausflur; in einer Kellerwohnung für 5 Mann zwei Betten; in einer kleinen Stube, die 1,80 Meter hoch ist, schlafen 4 Mann; 5 Mann in einer Kellerstube, die hoch und dumpfig ist und als Wuhraum benutzt wird; 10 Mann in einem Reinigungszimmer; klein, weil oberhalb der Abortgrube; neben dem Abort, Stiefel und Kleider der Gäste werden darin gereinigt; nasser Winkel unter der Treppe.

So sehen also die Stätten aus, in denen abgeheulte, ständig übermüdete Leute nach einer aufreibenden Arbeit von 16, 18 und 20 Stunden Ruhe finden sollen. Selbst der gesunde Körper kann auf die Dauer diesen Einflüssen keinen Widerstand entgegensetzen, Krankheit und Siedtum nehmen ihn ein.

Die Annahme, daß diese hart arbeitenden Leute wenigstens eine entsprechende Vergütung erhielten, wäre verfehlt; im Gegenteil: die miserablen Lohnverhältnisse vervollständigen das Bild. Von den 845 Personen, welche die Frage nach dem Lohn beantworteten, erhielten 540 überhaupt keinen Lohn, die andern in ihrer Mehrzahl erhalten monatlich 3, 5, 10, 20, 25 und 30 M. Von diesen Löhnen werden aber wieder Abzüge gemacht nicht bloß für Kranken- und andre Kassen, sondern auch für Geschäftsunkosten des Unternehmens, so u. a. für Hofstrasse (zweite und dritte Hausdiener), Ruher, Laufwachen, Nachportiers usw. Auch diejenigen, die lediglich auf Trinkgelder angewiesen sind, müssen vielfach zu den Geschäftsunkosten beitragen.

Diese glänzenden Stellungen sind meist nur durch gewerbsmäßige Stellenvermittler erhältlich und diese verlangen für ihre „Vermählungen“ Honorare bis zu 72 M.

Das sind im wesentlichen die Ergebnisse der Enquete. Man komme nicht etwa mit dem Einwande, daß es sich hier um eine durch „socialdemokratische Hege“ beeinflusste Sache handle, der „Verband der Hoteldiener“ ist an die socialdemokratische Generallommission nicht angeschlossen. Kein nur einigermaßen social empfindender Mensch wird leugnen können, daß die Beschäftigung hier regelnd und bessernd eingzugreifen hat. In der Broschüre sind die von den Hoteldienern formulierten Forderungen

an die Gesetzgebung enthalten, sie decken sich mit denen der Kellner und müssen äußerst bescheidene genannt werden. Sache der Vertreter der Socialdemokratie im Reichstage wird es sein, den berechtigten Forderungen dieser ausgebeuteten Proletariatschicht zur Anerkennung zu verhelfen.

Aus Industrie und Handel.

Die Bank von England hat ihren Diskont von 3 auf 4 Proz. erhöht, eine für die jetzige Geschäftszeit etwas ungewöhnliche Maßnahme. Da der Diskont erst am 18. Juni auf 3 Proz. ermäßigt worden ist, hat dieser Satz, der für England keineswegs als besonders niedrig gelten kann, nur ungefähr 2 1/2 Monate bestanden. Welche Motive die Bank zur Erhöhung des Diskonts um ein volles Prozent bestimmt haben, wird nicht gemeldet; man dürfte aber kaum fehl gehen, wenn man die Rücksichtnahme auf die Lage in den Vereinigten Staaten als den Hauptbegrund annimmt.

Verband der rheinisch-westfälischen Zementfabriken. In der gestern in Dortmund stattgehabten Versammlung der Vertreter der rheinisch-westfälischen Zementfabriken, die, wie bereits berichtet, resultatlos verlief, erklärten von 14 Fabriken zehn ihre Zustimmung zu dem Vertragsentwurf. Zwei Fabriken, nämlich das Portland-Cementwerk Rünster-Kengerich und die Portland-Cementfabrik Bären hatten sich von der Versammlung fern gehalten. Die Widingischen Portland-Cement- und Wasserfallwerke sowie die Gewerkschaft Esfa mochten ihren Beitritt zu dem Verbands von weiteren einschneidenden Änderungen des Vertragsentwurfs abhängig, worüber eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Nach der Gründung des Nordwest-mitteldeutschen Portland-Cement Syndikats waren es gleichfalls hauptsächlich die beiden zuletzt genannten Werke, welche diesem Verbands einen beharrlichen Widerstand entgegensetzten und die auch an den späteren Vereinigungsbestrebungen in der Zementbranche keinen rechten Gefallen finden konnten.

Reform des amerikanischen Banksystems. In dem Nationalverein der Kaufleute hielt der Sekretär des Schatzamtes, Shaw, eine Rede, in welcher er ausführte, das amerikanische Finanzsystem müsse dadurch vervollkommen werden, daß man es elastischer gestalte. Er rate, das deutsche System mit einigen dem gegenwärtigen amerikanischen System entsprechenden Änderungen anzunehmen. Redner sagte weiter, die Nationalbanken gäben zur Zeit Noten aus, die einer Gebühr von 10 Proz. jährlich unterworfen seien. Er gebe den Rat, den Nationalbanken unter Zustimmung des Kontrolleurs des laufenden Geldes zu gestatten, Noten auszugeben bis zu 50 Proz. der von den Nationalbanken durch Hinterlegung von Staatsbonds gedeckten Summe, die einer Gebühr von 6 Proz. unterworfen seien. Diese Gebühr solle jedoch aufgehoben werden können nach freiem Ermessen des Kontrolleurs, oder wenn auf seine Anweisung der gleiche Betrag in gesetzlich eingeführtem Gelde in einer Zahlstelle des Schatzamtes hinterlegt werde.

Der Hauptvorteil bestünde in dem sicheren Schutze gegen ein plötzliches Wachsen des Zinsfußes und ebenso gegen ein gefährliches Fallen desselben. Diese Elasticität sei aber für die Wohlfahrt der Vereinigten Staaten nicht unbedingt notwendig. Seiner Ansicht nach seien die Banken jetzt besser in der Lage, die in jedem Jahre sich wiederholenden Geldforderungen in der Erntezeit zu befriedigen, als vor zwölf Monaten. Regelmäßige Verbindungen seien erforderlich, um Amerika seinen Anteil an dem Handel in Südamerika, Südamerika und auf den Inseln südlich vom Äquator zu sichern, und zu diesem Zwecke müsse eine Beihilfe gewährt werden. Er beschränkte einen Gesetzentwurf, der den amerikanischen Schiffen, die zwischen den amerikanischen Häfen und den Ländern, in denen der amerikanische Handel sich noch nicht entwickelt habe, verkehrten, besondere Vorteile biete.

Die Unsicherheit des amerikanischen Wirtschaftslebens wird auf das augenfälligste durch die Bankrotstatistik der letzten Zeit illustriert, die eben bekannt wird. Danach hat die Zahl der im Juli unerfüllt geliebten Verbindlichkeiten eine Höhe erreicht, wie sie während der letzten zehn Jahre in keinem Juli erreicht worden ist. Die Summe der hierbei in Frage kommenden Passiven schnellte auf 16 751 245 Dollar empor gegen nur 6 932 551 Dollar im Juli 1902. Die Anzahl der Bankrotte belief sich in diesem Juli auf 915 gegen 825 im gleichen Monate des Vorjahres. Von der Gesamtzahl der Fallimente kamen auf Fabrikunternehmungen 253 mit 6 378 761 Dollar Passiven gegen 191 mit nur 2 568 855 Dollar im Juli 1902. Auf Handelsunternehmungen entfielen 619 (1902: 578) mit 3 571 503 Dollar (2 806 808) Verbindlichkeiten, auf Makler- und Transportgeschäfte 43 (56) mit 6 800 981 Dollar (1 557 128) Passiven. Der Zahl nach ist ja die Zunahme der Bankrotte nicht allzu groß, aber desto größer war die Zunahme in der Summe der Verbindlichkeiten, die hinter dieser Zahl der Bankrotte standen; gerade dieser Umstand aber beweist die hohe Spannung des ganzen amerikanischen Wirtschaftslebens, die ganz anormal emporgeschwungene Spekulationslust der letzten Zeit und vor allem die Unsicherheit, der selbst große und größte Kapitalmassen heute auf dem amerikanischen Markte ausgegesetzt sind. Und daß die Erscheinungen sich nicht bloß auf einzelne Zweige des amerikanischen Wirtschaftslebens erstrecken, geht daraus hervor, daß sich die enorme Steigerung der Bankrotte auf alle Geschäftszweige fast ganz gleichmäßig verteilt; nur in der Textil- und Papierindustrie gab es verhältnismäßig wenig Bankrotte, auch waren hierbei die Passiven verhältnismäßig gering; besonders starke Verluste weist dagegen die Eisenindustrie einschließlich der Maschinen- und Werkzeugindustrie auf.

Das Wohnungselend

wird von der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute usw. in ihrer diesjährigen Wohnungs-Enquete, die in Hefenform erschienen ist, in seiner ganzen Klarheit ans Tageslicht gebracht. Das Material ist, wie der Bearbeiter Albert Kohn sagt, aus den fortlaufend das ganze Jahr hindurch eingelaufenen Berichten der Krankenkassentrolleure gewonnen, und ergibt sich aus 11 167 Ermittlungen. Mehrere Tabellen zeigen zunächst Bodenfläche und Höhenmaße der Aufenthaltsräume der Erkrankten an. Bei dieser Bearbeitung ist die von den meisten Baugesellschaften als Mindestmaß anerkannte Bodenfläche von 12,18 Quadratmeter für Zimmer und Kammern zu Grunde gelegt; doch waren nach dem Bericht 9,63 Proz. männliche und 9,28 Proz. weibliche kontrollierten Kranken auf eine geringere Bodenfläche angewiesen. Nach Wagner sollen Zimmer, die auch zum Schlafen benutzt werden, nicht unter 20—25 Quadratmeter groß sein. Selbst 20 Quadratmeter als Forderung aufgestellt, würden die Wohnräume von 3875 oder 63,82 Proz. männlichen und 3335 oder 65,44 Proz. weiblichen kontrollierten Erkrankten nicht genügen.

Für die Höhe der Wohnräume ist bei der Enquete das von der Berliner Baupolizei-Ordnung bestimmte Maß von 2,80 Meter berücksichtigt worden. In Wohnungen, die diese Mindestforderung nicht bieten, wurden 2039 oder 33,58 Proz. männliche und 1678 oder 32,92 Proz. weibliche Kranke vorgefunden. Diese Zahlen erscheinen noch schwärzer, wenn wir die Anzahl der Personen betrachten, die mit andern Kranken und Gesunden diese unzulänglichen Wohnräume teilen. Dabei spielt das Schlafstellenmangel eine große Rolle. Eine ganze Reihe der Patienten hatte nur unter 6 und mehrfach noch unter 3 Kubikmeter Luftraum zur Verfügung. Ruhraum fordert 20 bis 30 Kubikmeter für jeden Erwachsenen und 10 bis 15 Kubikmeter für jedes Kind. Auch nicht annähernd ist hier das Erforderliche vorhanden. Doch weiter! In Kellerwohnungen und Dachwohnungen hauste ein großer Teil der Kranken. Sehr richtig wird dazu bemerkt: Damit ist abermals bewiesen, daß die Wohnungsfrage eine Lohnfrage ist; lediglich der etwas geringere Mietpreis veranlaßt den Proletarier, sich trotz der dadurch entstehenden Unbequemlichkeiten und Mängeln in solchen Räumen einzugarteln.

Es waren 2476 oder 40,79 Proz. männliche und 2035 oder 30,93 Proz. weibliche erkrankte Mitglieder auf einer Stufe und 736 oder 14,44 Proz. weibliche Kranke hausten nur in einer Stufe, während 105 oder 1,73 Proz. männliche und 94 oder 1,85 Prozent weibliche Patienten sich auf eine Stufe (1) beschränken mußten. Von den besuchten 11 167 Kranken hatten demnach nur 621 oder 10,23 Proz. männliche und 587 oder 11,51 Proz. weibliche einen Raum zur alleinigen Verfügung, so daß ein großer Teil derjenigen, die in einer Kiste oder Stube gefunden wurden, diese noch mit einer oder mehreren Personen zu teilen haben.

Nach diesen Zahlen müssen wir zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein großer Teil Arbeiterwohnungen schon für Einzelne ungenügend, für eine größere Anzahl von Personen, und noch dazu krank, aber direkt gefahrlos sind und für einen dauernden Aufenthalt unmöglich länger verwendet werden können. Zu berücksichtigen ist dabei weiter, daß die Luft in diesen beschränkten Wohnräumen noch vom Dunst der verschiedensten Arbeitsmaterialien, vom Staub und Schmutz der Abfälle aller Art in der Hausindustrie verunreinigt wird. Der dauernde Aufenthalt wird nur durch die Gewohnheit möglich und rächt sich dann am Körper, besonders an der Lunge durch Krankheit und Siechtum.

Der Bericht bringt uns ferner folgendes Entschuldigende zur Kenntnis: In Räumen ohne Feuchtigkeit wurden angefaßt von den in Familien lebenden Patienten: 143 oder 2,88 Proz. Männer und 128 oder 2,74 Proz. Frauen; von den in Schlafstube und möbliert wohnenden 105 oder 0,72 Proz. Männer und 26 oder 5,05 Proz. Frauen. Der Bericht fügt hinzu: „... Was will solchen Verhältnissen gegenüber alle ärztliche Kunst verlangen? Die preussische Regierung schreibt für Schlafstube sowie Einzelkammern eine Normaltemperatur von 13 Grad Celsius, für Krankenzimmer 22 Grad Celsius vor, daran können wir erkennen, wie gesundheits-schädlich der Aufenthalt für Kranke in kalten Räumen ist. Wir finden aber auch eine Erklärung dafür, daß so viele Patienten sich mehr, wie ihrem Zustande angemessen ist, in Kneipen aufhalten, schließlich ist es menschlich begreiflich, daß der Aufenthalt dort demjenigen in kalten, ungemühten Höhlen vorgezogen wird.“

Aber nicht nur in kalten, auch in finsternen Höhlen müssen arme kranke Menschen haften. Es wurden 55 oder 0,90 Proz. Männer und 44 oder 0,86 Proz. Frauen in gänzlich dunklen Räumen angetroffen, ohne Fenster, ohne Licht, ohne Sonnenstrahl! Was wollen alle Forschungen der Hygieniker, was wollen alle Polizei- und Bauordnungen gegen den schrecklichen Zustand gegenüber, daß es mitten in Berlin noch Menschen, kranke Menschen gibt, die dazu verdammt sind, in lichtlosen Räumen dahinzuleben.

Professor Dr. Rubner sagt: „Nichtmangel bedeutet allemal auch Reinlichkeitsmangel; dem Lichte kommt aber bekanntlich noch gegenüber allen uns bekannten Infektionserregern die besondere Kraft zu, diese letzteren in ihren verderblichen Eigenschaften abzuschwächen und sie zu vernichten. Auch der Tuberkelbacillus widersteht dem Licht nur kurze Zeit. Wo das Licht hinkommt, unterliegt es den Menschen in sehr erheblicher Weise in seinen Keimlebensbedingungen, und der Drang nach Sonnenlicht ist ein bedeutungsvoller instinktiver Trieb zur Bekämpfung der Krankheit.“ Es fanden sich auch Kranke in feuchten Räumen an. Ja es heißt oftmals in den Bemerkungen der Kontrollen: „Der Fuß ist von den Wänden abgebröckelt! Die Wände sind am Durchbrechen! Die Wände sind schwarz von Schmutz! Schwaben, Wanzen und Mäuse sind die Mitbewohner der Kranken! Die Familie schläft auf faulen Strohsäcken! Es wachsen Pilze an den Wänden! Das Wasser läuft an den Wänden herab! Die Tapete hängt in Fetzen herab!“ So und weiter ließe sich dieses traurige Bild ausmalen.

Eine große Misere ist der Mangel an Klosetts und die geringe Reinlichkeit derselben. Es teilen nach dem Bericht 70,64 Proz. Männer und 72,33 Proz. Frauen ein Klosett mit 10 Personen, 3,18 Proz. Männer und 3,08 Proz. Frauen noch mit 20—25 Personen, 0,91 Proz. Männer und 0,73 Proz. Frauen mit 40 Personen und mehr! Ueberall Unsauberkeit, überall Ansteckungsgefahr! So stellt der Bericht fest, daß der höchste Prozentsatz der Erkrankungen bei Frauen in den Jahren von 20—25, bei Männern von 25—30 vorhanden ist. Von großem Interesse ist die weitere Frage: Hat der Patient ein Bett zur alleinigen Verfügung?

Unter den besuchten 11 167 Patienten fanden sich 957 oder 15,76 Prozent Männer und 1038 oder 20,36 Proz. Frauen, zusammen 1995 Personen, bei welchen die Frage mit nein beantwortet werden mußte; lungentkrankt waren hiervon 193 oder 20,16 Proz. Männer und 193 oder 18,58 Proz. Frauen, also von allen kontrollierten Lungentkranken waren 18,03 Proz. Männer und 24,19 Proz. Frauen genötigt, das Lager mit einer anderen Person zu teilen! Welche Hülsen von Rot und Elend zeigen diese Zahlen! Bedenken wir dabei, daß Gesunde und Kranke — vielfach Lungentranke, bei welchen die von ihnen ausgehende Ansteckungsgefahr so verheerend wirkt — alte und junge, zusammengesprengt sind in Räumen, wie sie im Vorangegangenen geschildert sind, zu eng, zu niedrig, feucht und finster, so können wir dem Wunsch beipflichten, der im Vorwort der Enquete zum Ausdruck kommt:

„... Mit der Feststellung der Wohnverhältnisse beabsichtigen wir nicht eine staatliche bezw. kommunale Wohnungsinspektion zu erzeugen, sondern im Gegenteil deren dringende Notwendigkeit durch unsere Vorarbeit zu beweisen. Wir glauben dieses Ziel um so eher zu erreichen, je schneller die Zahl derjenigen Krankeninsassen anwächst, welche sich unserem Vorgehen anschließen.“ Aber noch eines kommt in Betracht und das ist vor allem: Aufbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse! Mit diesem Mittel werden einzig und allein alle Schäden mit der Wurzel ausgeremmt.

Die Beseitigung von Rot und Elend ist das Allheilmittel für jede Krankheit (Tuberkulose im besonderen), auch für Trunksucht und andre soziale Mißstände. So lange die ökonomischen Verhältnisse sich nicht bessern, andre werden, nützen alle Wohlthätigkeitseinrichtungen, Heilstätten usw. nichts. Die Milderung der Verhältnisse in der alte Umgebung, die durch die Rot hervorgerufene Verwahrlosung macht den geringen Nutzen wieder zu nichts, den solche Einrichtungen schaffen. Daß diese Enqueten das unverkennbar zeigen und dadurch die Notwendigkeit einer Aenderung unserer sozialen Verhältnisse eindringlich gepredigt wird, ist das bedeutungsvollste an ihnen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Deutscher Holzarbeiter-Verein. Am 2. September hielten die Musikinstrumenten-Arbeiter eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung ab. Die Werkstatt-Kontrollkommission berichtete über die augenblicklich schwebenden Differenzen in verschiedenen größeren Betrieben. Dieselben seien meist dadurch hervorgerufen worden, daß die Unternehmer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vornehmen wollten. Es sei dies Vorgehen der Unternehmer ein ziemlich dreistes, wenn man in Betracht ziehe, daß die Konjunktur in diesem Jahre schon ziemlich gut in der Klavierbranche eingeleitet habe und daß wir auf einen ziemlich stotten Geschäftsgang im Herbst und Winter zu rechnen haben. Die Vertrauensleute sprachen ihre Meinung dahin aus, es sei wohl jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Klavierarbeiter endlich wieder die Dienste ergreifen könnten. Die Redaktionen an den Accordpreisen, die bei den meisten Firmen in den letzten Jahren vorgenommen worden sind, müßten in diesem Herbst wieder Welt gemacht werden. Damit auch die Kommission in diesem Sinne wirksam tätig sein und ein einheitliches Vorgehen vorbereiten kann, wurde beschlossen, daß alle Vertrauensleute die Accordtarife für die einzelnen Spezialbranchen und Arbeiten ihrer Fabrik innerhalb acht Tagen an den Branchenvertreter A. Siefeld, Muslauerstraße 3, einzusenden haben.

In der Diskussion über den Streit bei der Firma Nieber u. Co., Alexanderstr. 22, wurde mitgeteilt, daß der Unternehmer an alle Pianofabrikanten Berlins ein Zirkular geschickt, in welchem er unter genauer Angabe der Personallen sämtlicher Streikenden

auffordert, letztere, wenn sie um Arbeit anfragen, nicht einzulassen. Die Vertrauensleute waren einstimmig der Meinung, daß der Kampf gegen die Firma Nieber u. Co., die mit derartigen schwarzen Listen operiert, nicht scharf genug geführt werden kann. Der Betrieb bleibt nach wie vor gesperrt. Es wurde dann noch beschlossen, in den nächsten Wochen eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

Achtung, Schuhmacher! Die in voriger Nummer des „Vorwärts“ bekannt gegebenen Differenzen in der Schuhwarenfabrik des Herrn Cohn, Alexanderstraße 31, sind beigelegt worden. Die in Aussicht genommene Entlassung eines organisierten Kollegen ist zurückgenommen. Zwei weitere bereits entlassene organisierte Arbeiter hatten von vornherein auf eine Wiedereinstellung verzichtet. Da die Arbeiter in dieser Fabrik diese Differenzen darauf zurückleiteten, daß Herr Cohn die organisatorischen Bestrebungen der Arbeiter illudrisch machen will, hat Herr Cohn einem Vertreter der Organisation gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation nicht vornehme, auch dann nicht, wenn die Arbeiter Vertrauensstellungen einnehmen. Auf Grund dieser Erklärung wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Zum Kampfe der Textilarbeiter in Grimmitzschau. Die Vermittlungsversuche, welche der Bürgermeister auf Anregung von Geschäftsleuten machte, sind ergebnislos gewesen. Die Fabrikanten lehnten es ab, befriedigende Zugeständnisse zu machen. Die Arbeiter — hauptsächlich kommt es auf die Weber und Andrerer an — sind entschlossen, den Kampf zu einem für sie ehrenvollen Ende zu führen. Die Bekundungen der Solidarität mehren sich. Die Textilarbeiter in Chemnitz haben beschlossen, während des Kampfes in Grimmitzschau eine Extrasteuer zu erheben. — Kürzlich wurde in bürgerlichen Blättern mitgeteilt, der Arbeitgeber-Verband beabsichtige, auch in Chemnitz die Textilarbeiter auszusperrn. Diese Meldung wird jetzt als unzuverlässig bezeichnet. Eine solche Maßregel, heißt es, werde nicht beabsichtigt.

Nachdem kürzlich eine Deputation der Ausgesperrten beim Minister v. Meißel war, um ihm Vorstellungen zu machen über das mit dem Koalitionsrecht nicht in Einklang stehende Vorgehen der Polizei gegen die Streikposten und der Minister den Arbeitern natürlich darin bestimmen mußte, daß das Streikpostensystem an sich weder verboten noch strafbar ist, hatten die Streikposten in Grimmitzschau thätiglich einige Tage Ruhe. Neuerdings aber setzt die Polizei ihr früheres Verhalten fort, wie es heißt, auf ausdrückliche Anweisung der Kreishauptmannschaft, die anscheinend den Vorstellungen der Unternehmer, welche sich durch die Streikposten belästigt fühlen, Gehör schenkte.

Bürgerliche Blätter wissen bereits Andeutungen vom Mißerfolg des Grimmitzschauer Ausstandes zu machen. Die in Berlin erscheinende „Tägliche Rundschau“ übernimmt eine Veröffentlichung des „Grimmitzschauer Tageblatts“, worin behauptet wird, die meisten Textilarbeiter seien gegen ihren Willen in die Lohnbewegung eingetreten, sie seien heute bereits von tiefem Unwillen erfüllt, weil die Streikunterstützung zu gering und auch nicht pünktlich gezahlt worden sei. — Wenn auch die Veröffentlichung des „Grimmitzschauer Tageblatts“ angeblich von einem Weber stammt, so wird sie dadurch noch nicht glaubwürdiger. Es handelt sich dabei nur um ein recht durchsichtiges Manöver, wodurch Mutlosigkeit in die Reihen der kämpfenden getragen werden soll, die nach den uns bekannten Nachrichten durchaus einig sind in dem Gedanken, ihre gerechte Forderung, den Lohn zu erhöhen, trotz des heftigen Widerstandes der Unternehmer zu erringen. Wenn behauptet wird, ein großer Teil der Textilarbeiter sei gegen seinen Willen in die Lohnbewegung eingetreten, so stimmt das schon deshalb nicht, weil es sich gar nicht um eine Lohnbewegung handelt, sondern um eine Bewegung zur Verkürzung der übermäßig langen Arbeitszeit. Wenn mit der angeführten Bemerkung aber gesagt sein soll, daß die Arbeiter gegen ihren Willen die Arbeit niedergelegt haben, so ist das allerdings richtig, wenn auch in einem andern Sinne, wie das unternehmerfreundliche Blatt glauben machen will. Bekanntlich haben die Grimmitzschauer Textilarbeiter — mit wenigen Ausnahmen — nicht freiwillig die Arbeit eingestellt, sondern sie sind von den Fabrikanten ausgesperrt worden, sobald diese merkten, daß es den Arbeitern mit der Forderung des Jehnsummentages ernst ist. Daß nun die Arbeiter nicht zu Kreuze kriechen und sich mit der gebotenen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 10 oder 15 Minuten zufrieden geben, ist selbstverständlich. Zu annehmbaren Zugeständnissen sind die Fabrikanten aber nicht bereit. Was die behauptete unpolitische Auszahlung der Streikgelder betrifft, so bejagen die uns vorliegenden Nachrichten, daß am Montag die Auszahlung stattfand und keinerlei Anlaß zur Unzufriedenheit gab.

Der Porzellanarbeiterausstand in Teitau dauert fort. Die in Nummer 201 des „Vorwärts“ enthaltene Mitteilung unseres Korrespondenten, wonach der Kampf beendet sein soll, trifft nicht zu. Am 25. August stand die Angelegenheit so, daß alle Beteiligten annahmen, der Friede sei besiegelt, und auf Grund dieser Annahme wurde die Nachricht von der Beendigung des Kampfes verbreitet. Die Fabrikanten haben aber durch ihr Verhalten das, was alle Welt als selbstverständlich annahm, als Irrtum erwiesen. Die neueste Nummer der „Ameise“, des Organs der Porzellanarbeiter, schreibt über diese Angelegenheit:

„Die unrichtige Meldung ist darauf zurückzuführen, daß am 25. August durch Vermittlung des Assistenten der Gewerbeinspektion zu Vorpommern, Schubert, Vereinbarungen getroffen wurden, nach welchen der Friede gesichert schien. Die Grundlage für die Verständigung bildete die Anerkennung des Koalitionsrechtes und die Wiedereinstellung aller noch am Ort vorhandenen Ausgesperrten, welche letztere in Rücksicht auf die durch die Aussperrung herbeigeführten Betriebsverhältnisse nur nach und nach erfolgen sollte. Andere Fragen waren von geringerer Bedeutung. Eine Kommission, welche bei der Fabrikleitung um Ausfertigung des Verzeichnisses der zunächst Einzuzustellenden ersucht hatte, war schon prolig abgewiesen und in den nächsten Tagen bestritt Direktor Virchow, nachdem er eine schriftliche Formulierung der Abmachungen verlangt und erhalten hatte, wie sie von dem Vertreter der Gewerbeinspektion den Ausgesperrten als seinerseits mit der Direktion getroffene Vereinbarungen übermittelt worden waren, zum großen Teil von diesen Vereinbarungen wieder dem Sinne nach dem Wortlaut nach überhaupt etwas zu wissen! Damit war der Friedenspakt gerissen.“

Dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten müssen wir es zunächst überlassen, wie er sich mit der Behauptung des Direktors abfindet. Wir aber kämpfen weiter um unser Koalitionsrecht. Wir können in Ruhe warten, bis die Fabrikleitung anderen Sinnes wird. Wir haben ja Zeit. Frischen Mut auch!“

Die Maurer in Frankfurt a. M. befinden sich in einer Lohnbewegung, die sie mittels Aussperrungen durchzuführen suchen. Ein großer Teil der Maurer hat die geforderten Bedingungen bereits erlangt. Mehrere Bauten sind gesperrt. Der Unternehmerverband verlangt, daß die über eines seiner Mitglieder verhängte Sperre aufgehoben werde, anderen Falles droht er mit weiteren Sperren. Der Verband der Maurer erklärt dagegen, daß er die Sperre aufheben werde, wenn eine Verständigung, wozu er bereit sei, vorausgehe.

Sociales.

Kautionsmüssen.

Donbon-Lehmann hatte wieder einmal eine seiner berühmten Kautionsstreitigkeiten vor dem Berliner Gewerbegericht, wo er bekanntlich (siehe Nr. 181 des „Vorwärts“) Stammgast ist. Der Herr Konstruktionsfabrikant war diesmal nicht selber vor der Kammer erschienen, sondern hatte einen Kreditgehilfen als Vertreter gesandt. Kläger war der russische Stapel, welcher 300 M. Kautions und den Lohn für die vier Tage seiner Beschäftigung bei der Firma mit 11,00 M. forderte. Der Beklagte bestritt jede Verpflichtung, weil Kläger ohne Innehaltung

der einmonatlichen Kündigungsfrist die Stellung aufgegeben habe, und berief sich auf den folgenden vom Kläger unterschriebenen Vertrag: „Der russische St. zahlte 300 M. Kautions in bar ein. Die Summe dient als Entschädigung, wenn russischer St. Kassenkonto hat, oder (wörtlich!) fährt Fuhrwerk respektive Pferde, ebenfalls wenn er die monatliche Kündigungsfrist nicht innehält, auch wenn ihm nachgewiesen wird, daß er mein Geschäft geschädigt hat.“ — Der Vorsitzende Dr. Neumann hielt dem Kläger vor, wie er nur einen solchen Vertrag unterschreiben könne. Ein vernünftiger Mensch unterschreibe so etwas nicht. — Der Kläger behauptete, der Beklagte sei mit dem vorzeitigen Verlassen der Stellung einverstanden gewesen und habe sich auch seine Adresse notiert, um ihm die Kautions zu gehen zu lassen. Er habe aber nichts erhalten. — Eine Zeugin und ein Zeuge bestätigten das durch ihre Aussagen. Der Zeuge, vormals in einer kaufmännischen Stellung beim Beklagten, hat diesen beim ordentlichen Gericht ebenfalls wegen der von ihm gestellten Kautions in Höhe von 500 Mark verklagt. Auf eine Frage des Vorsitzenden sprach Zeuge die Vermutung aus, daß Lehmann zur Verweigerung der Kautions wohl durch finanzielle Schwierigkeiten veranlaßt worden sei. — Der Beklagte wurde verurteilt, die 300 M. Kautions und die 1,00 M. Lohn dem Kläger zu zahlen. Zur Begründung führte Gewerbeichter Dr. Neumann aus: Nach den Zeugenaussagen sei anzunehmen, daß Lehmann mit der Aufgabe der Stellung vor dem Ablauf der Kündigungsfrist einverstanden gewesen sei. Es fehle somit an einem Grunde zur Anwendung des Vertrages, selbst wenn die Bestimmung, daß die Kautions bei Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist verfallen solle, rechtlich zulässig wäre. Kautions und Lohn müßten also gezahlt werden.

Ein internationaler Kongreß für Volkshygiene tagt gegenwärtig in Brüssel. Er verhandelte am Donnerstag über die Bournfrankheit der Grubenarbeiter und nahm einen Beschlusses an, daß sich die Grubenarbeiter angesichts der Gefahr dieser Krankheit einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen haben und daß eventuell die Anzeigepflicht eingeführt wird. Die durch die Untersuchung entstehenden Kosten hätten die Gemeinden zu tragen, wie dies auch in England der Fall sei. Die Abteilung für Bakteriologie erörterte das Serumverfahren. In einer andern Abteilung wurde die gesetzliche Regelung des Verkaufs von Milch und die polizeiliche Kontrolle hierbei besprochen. Außerdem wurde noch über die Hygiene an Bord der Schiffe und die Mittel zur Verhütung der Malaria verhandelt.

Gerichts-Zeitung.

Das Vereinsgesetz gegen die Arbeiter. Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Viel Kopfzerbrechen verursacht den Gerichten eine am 31. Oktober v. J. stattgehabte Zusammenkunft der Mitglieder des hiesigen Gewerkschaftsvereins. Das hiesige Landgericht verurteilte dieselben vor längerer Zeit vier Parteigenossen zu je 16 M. Geldstrafe, weil sie gegen § 6 des Vereinsgesetzes gesündigt und bei Eintritt der Polizeistunde nach der Aufforderung durch den überwachenden Beamten nicht „sogleich“ den Versammlungssaal verlassen hätten. Das Kammergericht wies die Sache zur nochmaligen Prüfung an das hiesige Landgericht zurück, da nicht genügend festgestellt sei, ob jene Zusammenkunft eine Sitzung oder eine Versammlung gewesen ist. Zweifellos sei eine Versammlung eine an Zahl nicht zu geringe äußerlich vereinigte Menschenmenge; aber es komme nicht allein die Zahl der Versammelten, sondern auch die Art der Versammlung in Betracht. Obwohl der Staatsanwalt die Freisprechung sämtlicher Angeklagten beantragte, beschloß das Gericht, ein Statut des Kartells einzufordern und vertagte die Sache.

Unwahre Angaben in Zeitungsanzeigen lagen der Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes zu Grunde, welche gestern vor der zweiten Kammerrichter des Landgerichts I gegen den Tapezierer Friedrich Förmann verhandelt wurde. Im Oktober vorigen Jahres machte der Angeklagte durch mehrere in kurzen Zwischenräumen veröffentlichte Anzeigen bekannt, daß er „Abreise halber“ oder „Wegen zurückgegangener Heirat“ eine neue Wohnungseinrichtung zu außerordentlich billigen Preisen zu verkaufen habe. Der Obermeister der Tischlerinnung, Rahsch, nahm an, daß hier der bekannte Schwindel zum Abfahre von Schwindelmöbeln vorliege. Er stellte namens des Innungsverbandes Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbes. Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Er habe tatsächlich die Absicht gehabt, nach Frankfurt a. M. zu reisen. Von seiner Ehefrau lebe er seit fast zwei Jahren getrennt und seit dieser Zeit habe er keine eigne Wohnung gehabt. Im vorigen Herbst hätten sie sich wieder vertragen und seien übereingekommen, wieder zusammenzuziehen. Da sie dann vermieten wollten, habe er Möbel für vier Zimmer angekauft. Kurz vor dem beabsichtigten Zusammenziehen sei seine Frau aber wieder andren Sinnes geworden und habe die Scheidungslage gegen ihn angetrengt. Nun habe er sich der Möbel wieder entäußern müssen. Wenn er auf Grund dieser Thatsachen annonciert hatte: „Wegen zurückgegangener Heirat“, so sei er in dieser Beziehung doch nicht erheblich von der Wahrheit abgewichen.

Obgleich die Angaben der Ehefrau sich im wesentlichen mit denen des Angeklagten deckten, so schenkte der Staatsanwalt denselben doch keinen Glauben, sondern nahm an, daß es sich um einen wohl vorbereiteten Plan handele. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage, Obermeister Rahsch, welcher unentschuldig vom Termin fortgeblieben, wurde in eine Geldstrafe von 20 Mark genommen.

Reichstagsnachwahl-Ergebnis.

Deffau, 3. September. Bei der heute stattgefundenen Reichstags-Nachwahl erhielten Stimmen:

Käppler (Soz.)	12 541
Schrader (Fr. Vg.)	10 380
Schirmer (D. L.)	2 712

Stichtwahl zwischen Käppler und Schrader scharf. Wir haben den Kreis noch nie besessen und sind 1908 zum erstenmal in die Stichtwahl gekommen.

Bei den allgemeinen Wahlen hatten wir 12 168 gegen 17 120 gegnerische Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trief, 3. September. (B. H.) Eine Schar Soldaten vom 97. Infanterie-Regiment veranlaßte gestern eine Demonstration gegen die Zurückhaltung der Urlaube. Die Soldaten sangen das Lied der Arbeit und riefen: „Wir wollen nach dem 30. September nicht weiter dienen!“ Trotzdem eine Volksmasse für die Soldaten Partei ergriff, gelang es einer Militärpatrouille, 8 Demonstranten zu verhaften. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Rizzo, 3. September. (B. Z. W.) Fünfhundert Gasenarbeiter haben die Arbeit niedergelegt; sie verlangen eine Lohnhöhung. Zehn im Hafen liegende Dampfer können nicht löschen.

London, 3. September. (B. H.) Nach dem weiter veröffentlichten Bericht der amtlichen Untersuchungskommission über den Transvaalkrieg betragen die gesamten Kosten des Feldzuges 222 974 000 Pfd. Sterl. Engländerseits waren 850 577 Mann Truppen mobilisiert, während auf Seiten der Boeren nur 89 375 Mann im Felde standen. Die englischen Verluste betragen im ganzen 97 478 Mann, von denen 8500 im Feuer fielen, während 13 352 an Krankheiten verstarben. 75 538 Mann waren krank oder verwundet.

Anträge

socialdemokratischen Parteitag

am 13. September und folgende Tage zu Dresden im „Trianon“, Schützenplatz.

Tagesordnung.

- 1. Parteigenossen in Hannover, Berlin I, II, III und IV, Chemnitz, Bunziedel, Frankfurt a. O., Mannheim, Wahlkreis Greifswald-Gruppen, Nürnberg: Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Ergebnisse der diesjährigen Reichstagswahlen. Als Referenten die Genossen Weibel und v. Vollmar zu bestimmen.
2. Parteigenossen in Eiberfeld: Auf die Tagesordnung des Parteitag zu setzen: Die deutsche Rechtsprechung im Civil- und Militär-Strafrecht.
3. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag möge über die Einführung eines allgemeinen Reichs-Vergleichs beraten und die Frage des Achtstundentages als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen.
4. Die Genossinnen von Frankfurt a. O., Altona, Berlin, Dresden IV, V. und VI. Kreis, Eiberfeld, Ehligen, Eichlingshofen, Glauhan, Görtzig, Glanensee a. E., Halberstadt, Jferlohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Auheim, Leipzig, Ohrdruf, Lh., Oberreichenbach, S., Augsburg, Hamburg, Raumburg, Kreis Nieder-Varnim, Magdeburg, Mühlhausen im Elsf., Queblinburg, Reichenbach I. B., Straßburg, Kreis Zeltow-Weeslow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel beantragen:
Zu Punkt 6 der Tagesordnung. Der Parteitag erklärt: Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauen-Wahlrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.
5. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Während der Tagung des Parteitag eine Konferenz der preussischen Delegierten zu veranstalten, welche einen Meinungsaustausch über die bevorstehenden Landtagswahlen vermitteln soll.
6. Parteigenossen in Gera: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Die Revisionsbestrebungen der Parteifraktion innerhalb der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorstandsbericht.

Tatit.

- 7. Der Parteivorstand unterbreitet dem Parteitag folgenden Vorschlag zur Entscheidung:
1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Presseunternehmungen thätig sind, in denen an der socialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?
Antwort: Nein!
2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?
Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die socialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.
Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.
8. Parteigenossen Berlin II: Die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an nicht socialdemokratischen resp. nicht von Socialdemokraten herausgegebenen Presseorganen ist durch die Kundgebung des Parteivorstandes nicht erschöpfend geregelt. Ob Redakteure oder Mitarbeiter an solchen Blättern Parteigenossen werden oder bleiben können und inwiefern sie in der Arbeiterbewegung Vertrauensposten bekleiden können, darüber haben die Organisationen je nach der Lage des einzelnen vorliegenden Falles zu entscheiden.
9. Parteigenossen im XII sächsischen Wahlkreis und Genosse Paul Scholz und 104 Genossen des II. Berliner Wahlkreises schließen sich der Meinungsbekundung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 im „Vorwärts“ betreffend die Mitarbeiterschaft parteigenössiger Schriftsteller an bürgerlichen Blättern voll und ganz an und erwarten vom Parteitag in Dresden, daß derselbe die Meinung des Parteivorstandes zu der feierlich macht.
10. Parteigenossen in Hamburg II halten es für notwendig, daß die Frage der Mitarbeit von Socialdemokraten an politischen Presseorganen der Bourgeoisie vom Parteitag einer eingehenden Besprechung unterzogen wird und erwarten, daß durch Parteitagbeschlüsse eine Norm geschaffen wird, welche Vorfälle, wie sie in diesem Frühjahr zu lebhaften Debatten Anlaß gaben, für die Zukunft verhindert.
11. Parteigenossen in Hamm (Hamburg III): Den Parteigenossen ist die literarische und journalistische Mitarbeit an bürgerlichen Presseorganen ohne die Genehmigung des Parteivorstandes nicht gestattet.
12. Parteigenossen des ersten hannoverschen Wahlkreises: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unserer Ideen und der Verbreitung unserer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.
13. Parteigenossen in Essen: Parteigenossen ist es unterlagt, Parteipolemiken in bürgerlichen Blättern und Zeitschriften zu führen.
14. Parteigenossen Berlin IV: Es ist Stellung zu nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unserer Ideen und der Verbreitung unserer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.
15. Parteigenossen in Steintin halten es mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar, wenn er an bürgerlichen Blättern als Schriftsteller mitarbeitet, die in ihren Spalten gehässige Artikel gegen die Socialdemokratie aufnehmen; wissenschaftliche oder hochwissenschaftliche Abhandlungen für Zeitschriften zu liefern, dagegen ist nichts einzuwenden.
16. Parteigenossen in Bremen: Parteigenossen dürfen als Redakteure und Mitarbeiter an nichtsocialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften nur dann thätig sein, wenn es sich um wissenschaftliche, fachtechnische oder belletristische Journale handelt, die den Kampf gegen die Socialdemokratie vermeiden.
17. Parteigenossen in Jüterbog, Ludenwalde, Rauch-Beitzig: In Anbetracht, daß die bürgerliche Opposition in den Kreisen, in denen sie bei den Stichwahlen zum Reichstag zwischen der Socialdemokratie und der Reaktion die Entscheidung in der Hand hatte, letzterer die Mandate in die Hände spielt, beschließt der Parteitag, künftig bei Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Mandatsbewerbern für die Parteigenossen strengste Stimmencüchtung.
18. Der Parteivorstand: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

Organisation.

- § 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosigen Handlung schuldig gemacht hat.
Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Mitglieder wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.
In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorsehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.
Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen sechs Wochen die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.
Berichtigt ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.
Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.
19. Parteigenossen in Hamburg III: § 2 Abs. 2 der Partei-Organisation folgende Fassung zu geben: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet die Partei-Organisation der einzelnen Orte; bei Einzelmitglieder der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und in letzter Instanz an den Parteitag zu.
20. Parteigenossen in Berlin III: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen, der die Vertretung der Fraktion und der Kontrolleure auf dem Parteitag neu regelt.
21. Parteigenossen im Wahlkreis Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg, Berlin I, II, IV, VI, Steintin: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag neu regelt.
22. Parteigenossen in Chemnitz: Die Reichstags-Fraktion hat sich auf dem Parteitag durch Delegierte vertreten zu lassen.
23. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Reichstags-Fraktion hat sich künftig nur durch eine entsprechende Zahl ihrer Mitglieder auf dem Parteitag vertreten zu lassen.
24. Parteigenossen des IV. sächsischen Wahlkreises: § 9 Absatz 2 unseres Organisationsstatuts: „Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion“ zu streichen und dafür zu setzen: „Der Vorstand der Reichstags-Fraktion“.
25. Parteigenossen des I. und II. württembergischen Wahlkreises: Dem § 9 unseres Parteistatuts dahin abzuändern, daß zur Teilnahme am Parteitag (Ziffer 2 des § 9) nicht sämtliche Reichstagsabgeordnete, sondern nur eine Abordnung der Reichstags-Fraktion berechtigt ist. Die Zahl der dazu zu entsendenden Genossen soll der Parteitag festsetzen.
26. Parteigenosse Windhoff und drei Genossen in Düsseldorf: Dem zweiten Absatz des § 2 des Organisationsstatuts folgendes hinzuzufügen:
„Lehterer ist verpflichtet, das Schiedsgericht innerhalb vier Wochen nach Eingang des Antrages einzuberufen.“
27. Parteigenossen im XI. hannoverschen Wahlkreis: Die Vertretung auf dem Parteitag nach dem Verhältnis der abgegebenen socialdemokratischen Reichstags-Wahlstimmen zu regeln. Reichstagsmitglieder, welche ohne Delegiertenmandat auf dem Parteitag erscheinen, sollen nur beratende Stimme haben, auch sollen die Kosten für diese Abgeordneten von ihren Wahlkreisen getragen werden. Die Vertretung der Reichstags-Fraktion auf dem Parteitag soll dem Fraktionsvorstand obliegen.
28. Parteigenossen in Berlin III: Die Vertretungsfrage auf dem Parteitag in der Weise zu regeln, die zum Proportional-Wahlssystem führt und zwar etwa so, daß Wahlkreise, welche bei der vorherigen Reichstagswahl bis zu 5000 socialdemokratische Stimmen brachten, einen Delegierten, von 5-20 000 zwei und über 20 000 drei Delegierte entsenden können.
29. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, dem nächsten Parteitag zu berichten, ob sich eine Aenderung des § 9 des Organisationsstatuts unter Berücksichtigung folgender Vorschläge empfiehlt:
Die Vertretung der Wahlkreise auf den Parteitag soll sich in Zukunft nach der Zahl der bei der vorhergehenden Reichstagswahl aufgeführten socialdemokratischen Stimmen richten, und zwar sollen Kreise, welche ausgebracht haben: bis zu 10 000 Stimmen 1, bis zu 25 000 Stimmen 2 und über 25 000 Stimmen 3 Delegierte entsenden können; jedoch mit der Einschränkung, daß Wahlkreise mit weniger als 1500 Stimmen ihr Mandat dem Delegierten eines anderen Kreises zu übertragen haben.
Die Delegationskosten zu den Parteitag werden von der Parteiflotte getragen; doch sind zu deren Deduktion die Partei-Organisationen der zur selbständigen Delegation berechtigten Wahlkreise verpflichtet, einen noch näher festzusetzenden Prozentsatz ihrer Jahresumlage — als besonderen Beitrag — an die Parteiflotte abzuführen.
30. Parteigenossen in Leipzig-Land und Chemnitz: Die Zahl der Delegierten eines Wahlkreises zum Parteitag darf nicht zwei überschreiten.
31. Parteigenossen in Marburg: Gründung eines Fonds zur Vertretung der Reiseflosten der Delegierten zum Parteitag.
32. Parteigenossen in Koburg: Auf Antrag des Kreis-Vertrauensmannes bezw. des Vorstandes der Kreisorganisation ist der Parteivorstand verpflichtet, für einen Delegierten zum allgemeinen Parteitag die Reiseflosten (3. Wagenklasse hin und zurück) aus der Parteiflotte zu bewilligen. Die Diäten des einen sowie Diäten und Reiseflosten für die weiteren Delegierten werden aus fern von den Wahlkreisen getragen.
33. Parteigenossen in Brafel bei Dortmund: Der Parteivorstand wird auf zwei Jahre gewählt. Nach zwei Jahren scheidet die Hälfte des Vorstandes aus, an deren Stelle werden andre gewählt. Die Ausgeschiedenen können in den ersten zwei Jahren nicht als Vorstandsmitglieder wiedergewählt werden.
34. Parteigenossen in Düsseldorf: Es ist eine einheitliche Partei-Organisation zu schaffen, welche eine bessere Fühlung mit dem Parteivorstand sowie mit den Parteigenossen unter sich ermöglicht.
35. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Jedes Mitglied der Partei zahlt einen jährlichen Beitrag von 3 M. Eventuell für Stadtgebiete diesen Beitrag für Landgebiete 1 M. Zur Legitimation sind einheitliche Mitgliedskarten herzustellen.
36. Parteigenossen in Köln a. Rh., Kall und Mänschen-Gladbach halten es für notwendig, daß für die Bezirke, wo die Agitation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist — namentlich gilt das für die Centrumsgegenden —, besoldete Parteisekretäre angestellt werden; da, wo die Parteigenossen das nicht aus eignen Kräften können, hat der Parteivorstand die nötige Unterstützung zu leisten.
37. Parteigenossen in Siegen: Den Parteivorstand zu beauftragen, in solchen Kreisen, in denen die Bewegung noch keinen festen Fuß fassen konnte, einem angestellten Kolporteur für Parteiliteratur durch event. Unterstützung ein gewisses Einkommen zu sichern.

- 38. Parteigenossen in Düsseldorf: In Städten, wo es anständig ist, Kurse zu errichten, um begabte Parteigenossen als Referenten auszubilden.
39. Parteigenossen in Chemnitz: Der Parteivorstand möge erwägen, wie am besten und schnellsten eine Schule ins Leben gerufen werden kann, in der Parteigenossen zu Referenten und Redakteuren herangebildet werden.

Agitation.

- 40. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen, eine durchgreifende Aufklärungsarbeit über das Wissenswerte ist unverzüglich einzuleiten. Diefelbe ist von einer eventuell zu diesem Zweck zu schaffenden Centralstelle planmäßig zu organisieren und auszuführen.
41. Die Parteigenossen in Fürth beantragen: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat.
Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unserer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.
Diese Kommission soll von den Genossen am Sitz des Parteivorstandes gewählt und ihrem Vorsitzenden Sitz und Stimme im Parteivorstand eingeräumt werden.
42. Parteigenossen in Eibing: Die Partei möge unter den Proletariats, die alljährlich zur Armee eingezogen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für den Socialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten über ihre Pflicht gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde“ aufzuklären.

Presse.

- 43. Parteigenossen in Marburg: Der Parteitag wolle beschließen: Dem Centralorgan bezüglich seiner Haltung den lokalen Organisationen gegenüber in tatsächlichen Fragen bestimmte, nicht über die kritischen Aufgaben hinausgehende Grenzen anzudeuten.
44. Parteigenossen in Schöneberg: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, den „Vorwärts“ und die Parteiliteratur zu verbilligen.
45. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Verhandlungen zu versuchen, durch welche die bestehenden Monats-, Halbmonats- und Wochenblätter unserer Partei („Neue Zeit“, „Socialistische Monatshefte“, „Kommunale Praxis“ und das angelegte Braunschweiger Blatt) vereinigt und zu einer großen, vielseitigen Revue über alle Strömungen und Bestrebungen unserer Partei zu möglichst billigem Preise ausgebaut werden.

Neue Welt, März- und Mai-Zeitung.

- 46. Parteigenossen in Zeltow-Weeslow etc.: Zu erwägen, ob bezüglich der Illustrationen der „Neuen Welt“ nicht eine Aenderung dahingehend getroffen werden kann, daß dieselben besser ausgeführt resp. die „Neue Welt“ auf besserem Papier gedruckt wird.
Ebenso ist mehr Sorgfalt auf die Ausführung (sowie die Motive der März- und Mai-Zeitung zu verwenden.
47. Parteigenossen in Schmargendorf: Die „Neue Welt“ und die Unterhaltungs-Beilage des „Vorwärts“ sind mit in den Dienst der theoretischen Ausbildung der Massen zu stellen. In den genannten Blättern sind außer neuen Aufsätzen national-ökonomischen Inhalts auch ältere Parteischriften, die dauernden Wert haben, abzubringen.

Jugend-Literatur.

- 48. Parteigenosse Langemack in Frankfurt a. M.: Ersah für die eingegangene Zeitschrift „Stille“ zu schaffen oder ihr Wiedererscheinen möglich zu machen.
49. Parteigenossen in Magdeburg: Der Parteivorstand möge mehr als bisher die Herausgabe der Jugend-Literatur pflegen.

Arbeiter-Rotizalender.

- 50. Parteigenossen von Zeltow-Charlottenburg: Der Preis des Arbeiter-Rotizalenders ist von 60 Pf. auf 50 Pf. herabzusetzen.

Annoncen.

- 51. Parteigenossen in Rothenburg a. T.: Lotterienanzeigen jeder Art dürfen in Parteiblättern nicht veröffentlicht werden.
52. Parteigenossen in Breslau: Die Parteipresse ist gehalten, vor der Annoncierung von Arbeitergeschäften Erkundigungen bei den betreffenden Organisationen einzuziehen.

Broschüren und Flugblätter.

- 53. Parteigenossen des XVIII. sächsischen Wahlkreises: Sämtliche in Parteiverlage (Vorwärts-Buchhandlung) erscheinende Broschüren-Literatur ist in einheitlichem Formate herzustellen.
54. Parteigenossen von Bielefeld-Biedenbräu: Die in Parteibuchhandlungen erscheinenden Broschüren sollen mehr den volkstümlichen Preisen angepaßt werden.
55. Parteigenossen in Bremen: In Anbetracht der, besonders in den letzten Jahren vorgekommenen unerhörten Gefühlsregierungen in den Militärvereinen und in Anbetracht der damit verbundenen Eingriffe in die politischen Rechte der Mitglieder derselben, wird der Parteivorstand beauftragt, alljährlich ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Referenzen nach Abschloßung ihrer Dienstzeit unter Bezugnahme besonders trauriger Fälle hingewiesen werden auf die eventuellen materiellen sowie politisch rechtlichen Schädigungen, welche mit dem Beitritt zu genannten Vereinen verbunden sind.
Dieses Flugblatt ist zur geeigneten Zeit den Parteivereinen oder örtlichen Vertrauenspersonen zur Verbreitung zu empfehlen und zum möglichst billigen Preis abzugeben.
56. Parteigenossen in Berlin I und IV: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine zur Massenverbreitung geeignete Broschüre herauszugeben, welche das heutige Militärsystem und die damit verbundenen Mißhandlungen behandelt.
57. Parteigenossen des fünften sachsenanischen Wahlkreises: Eine Agitationsbroschüre mit dem jedesjährigen Bericht der Reichstags-Fraktion, Erläuterungen zu unserem Parteiprogramm und Auslegung der Gründe, weshalb unsre Reichstags-Abgeordneten gegen die einzelnen Arbeiter-Versicherungen gestimmt haben, speciell für die noch wenig aufklärten ländlichen Kreise herauszugeben und entweder zum Selbstkostenpreise an die Kreis-Wahlvereine und Komitees zur Gratisverteilung abzugeben, oder die Verteilungskosten ganz aus der Centralkasse zu bestreiten.
58. Parteigenossen des dritten braunschweigischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, die wichtigsten Neben über den Bahn- und Post-Etat in Broschürenform herauszugeben und an die betreffenden Beamten zu verteilen.
59. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Einen kleinen Kommentar herauszugeben, enthaltend Programm, Organisations-Statut der Partei, alle Namen, Adressen der Parteiblätter, Gewerkschaftsblätter, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftshäuser, Einrichtungen etc. und Einiges über Genossenschaften. Dieser Kommentar ist jedem Mitglied, ebenso Neueintretenden gratis auszuhandigen.

Maifeier.

- 60. Parteigenossen in Friedberg-Wädlingen: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, jedes Jahr am 1. Mai ein Flugblatt herauszugeben, in dem für die Masse verständlicher Form die Forderungen der Arbeiter beleuchtet werden, damit dasselbe in großen Massen verbreitet und damit mehr als bisher für unsre Maiforderungen Propaganda gemacht werden kann.

61. Parteigenossen in Bremen, im vierten und im fünften sächsischen Wahlkreis: Der Parteitag möge sich für die Beibehaltung der Parteifeier in ihrem bisherigen Charakter entscheiden.

62. Parteigenossen in Magdeburg: Die Parteifeier von Partei wegen nicht etwa einzuschränken, sondern die Agitation für dieselbe intensiver als je zu betreiben.

63. Parteigenossen in Düsseldorf: Auf dem Parteitage für vollständige Arbeitseruhe am 1. Mai einzutreten.

64. Parteigenossen in Breslau: Der Parteitag möge der Parteifeier folgenden Wortlaut geben:
„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterschutz und für Verkürzung der Arbeitszeit, durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren.“

65. Parteigenossen in München-Gladbach: Die Parteifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

Programm.

66. Parteigenosse Weller in Wiesbaden: I. Dem Punkte 6 des Parteiprogramms folgende Fassung zu geben:
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Daraus sich ergebende Forderungen:
a) Trennung zwischen Staat und den heutigen Kirchen;
b) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken;
c) Entfernungen des konfessionellen Religionsunterrichts aus der Schule;
d) Erlass desselben durch einen Moralunterricht ohne metaphysische Voraussetzungen, einen umfassenden naturwissenschaftlichen Unterricht, einen wissenschaftlichen Unterricht in der Religionsgeschichte;
e) Verbot der Erteilung jeglichen Glaubensunterrichts an Kinder unter 16 Jahren;
f) Bekämpfung aller religiösen Wahnvorstellungen durch Aufklärung ihrer Anhänger;
g) Austritt aus konfessionellen Religionsgemeinschaften, deren Glauben man nicht mehr teilt.

II. Der Parteitag beschließt, als notwendige Folge dieser Forderungen nachstehende Ergänzung des Organisationsstatuts vorzunehmen:
„Nur solche Personen, die keiner konfessionellen Religionsgemeinschaft angehören, dürfen Parteiamter bekleiden und von der Partei als Kandidaten für Kommunal-, Land- und Reichstagswahlen aufgestellt werden.“

67. Parteigenosse Bösch in Frankfurt a. D.: Der Parteitag möge selbst, oder möge versuchen, durch von ihm ausgehende Weisungen in der Agrar-, speziell aber Grund- und Bodenfrage ein klares, einheitliches Bild und Ziel zu schaffen.

68. Parteigenosse Reine, Wärmstedt: Dem Programm folgenden Schlusssatz anzufügen: „Verwendung der auf Grund der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung angesammelten Reservefonds im Interesse der Arbeiterschaft — in erster Linie zum Erwerb von Grundeigentum in möglichst zusammenhängenden Flächen; wenn notwendig, unter Anwendung des Enteignungsrechtes. Bewirtung dieser Ländereien für Rechnung der Versicherungsanstalten, jedoch in arbeiterfreundlichem Sinne.“

Parlamentarisches.

69. Parteigenossen in Marburg: Das Verhalten der Reichstags-Fraktion zur Regierung hat überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unserer Partei zu entsprechen.

70. Parteigenossen in Stettin: Die Fraktion hat thunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach das Koalitionsrecht so ausgebaut wird, daß es von Gerichten und der Polizei nicht mehr angetastet werden kann.

71. Parteigenossen in Elberfeld: Die Fraktion wird beauftragt, in der kommenden Session des deutschen Reichstages unverzüglich die Anträge auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen und die Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes zu wiederholen.

72. Parteigenossen in Berlin I: Die Reichstags-Fraktion wird mit der Einleitung einer planmäßigen Propaganda gegen den Militarismus durch Einbringung eines Gesetzentwurfs beauftragt, unter besonderer Betonung folgender Forderungen:
a) Abschaffung der Militärjustiz und des Militär-Strafrechts.
b) Anerkennung des Rechts auf Nothwehr gegen Mißhandlungen.
c) Allgemeine einjährige Dienstzeit.

73. Parteigenossen im zweiten württembergischen Wahlkreis: Die Reichstags-Fraktion möge in möglichster Eile im Reichstag für die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens durch Schaffung einer Reichs-Betriebsgemeinschaft, und für eine Verbilligung der Personentarife eintreten.

74. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Die Fraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Reichstagswahlen künftighin Sonntags stattfinden.

75. Parteigenossen in Kassel: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird ersucht, nach Thunlichheit dafür Sorge zu tragen, daß die Mandatsprüfungen der Abgeordneten wo nicht vor Eintritt in die meritorischen Verhandlungen, so doch wenigstens nach Beendigung des ersten Jahres nach dem Zusammentritt erledigt werden.

76. Parteigenossen in Jüterbog: Die Fraktion soll einen Antrag einbringen, wonach denjenigen Abgeordneten, deren Wahl von der Wahlprüfungs-Kommission beanstandet wird, bis zur endgültigen Entscheidung Sitz und Stimme im Reichstage aberkannt wird.

77. Parteigenossen in Elbing, Hildesheim und elften hannoverschen Wahlkreis: Die sozialdemokratische Fraktion hat dahin zu wirken, daß die Regierungen bei künftigen Wahlen eine einheitliche Form über die Beschaffenheit der Wahlurnen anordnen.

78. Parteigenossen in Elbing: Die Wahlurnen müssen verschließbar sein. Die Stimmen werden nach Beendigung des Wahllaufes nicht gezählt, sondern die verschlossene Urne wird an den Wahlkommissar eingesandt, der dann das Ergebnis des ganzen Kreises feststellt.

79. Parteigenossen in Hildesheim: Einen Antrag zu stellen, der den Behörden die Pflicht auferlegt, jedem Abgeordneten eines Wahlkreises — einerlei, welche politische Parteirichtung derselbe auch vertritt — zwecks Berichterstattung seiner parlamentarischen Thätigkeit passende Versammlungsorte zur Verfügung zu stellen.

80. Parteigenossen in Elberfeld: Bei den kommenden Novellen zur sozialen Versicherungs-Gesetzgebung ist energisch dafür einzutreten, daß alle im Interesse der Versicherten geschaffenen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten.

81. Parteigenossen in Essen: Es ist für eine wirksame Bekämpfung der Wundkrankheit durch gesetzliche Maßnahmen im Reichstage einzutreten.

82. Parteigenossen im Wahlkreis Straßburg-Land: Bei Beginn der nächsten Legislaturperiode einen Antrag auf Einführung des gesetzlichen Fünftages zu stellen und mit aller Kraft auf die Erlangung dieses vorläufig erreichbaren Zieles hinzuwirken.

83. Parteigenossen in Bremen, Elberfeld und Bromberg: Es sei die Agitation für den Fünftag in Zukunft energischer als bisher zu gestalten; es ist erforderlich, daß die Reichstags-Fraktion in Verbindung mit einem die Einführung des gesetzlichen achttägigen Normalarbeitstages bezweckenden Gesetzentwurf hervortritt und im Reichstage mit aller Energie für dessen Realisierung Sorge trägt.

84. Parteigenossen in Kassel: Die Reichstags-Fraktion ist verpflichtet, für die verschiedenen Fächer der Socialgesetzgebung Kom-

missionen einzusetzen, welchen die Aufgabe zufällt, das dazu erforderliche Material zu sichten und zu verarbeiten.

85. Die Parteigenossen in Berlin IV, V, VI, Dresden, Elberfeld, Elbing, Eichlingshofen, Glauchau, Görlitz, Blankensee a. E., Halberstadt, Jericho, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Arheim, Leipzig, Dhrdruf i. Th., Oberreichenbach i. W., Kugsburg, Raumburg, Kreis Nieder-Varnim, Magdeburg, Mühlhausen i. Elb., Quedlinburg, Reichenbach i. S., Stralsund, Kreis Teltow-Beesow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel:
Die Reichstags-Fraktion möge energisch eintreten für:
1. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für alle erwachsenen Arbeiterinnen, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn beziehungsweise neun Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann;
für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf vier beziehungsweise sechs Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf achtzehn Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungs-Unterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind;
für alle Arbeiterinnen die Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Freigabe des Sonnabendnachmittags.
2. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.
3. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
Gesetzliche Förderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen. Erlass gesundheitsförderlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.
4. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie entsprechend der Resolution des vierten Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart.
5. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
6. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.
7. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
8. Verbot der Beschäftigung von Frauen acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen nach der Niederkunft bei Tot- und Fehlgeburten oder im Fall des Ablebens des Kindes.

Verbot der Schwangeren auf kündigunglose Einstellung der Arbeit, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren.
Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgesetzten Schutzfrist gestatten.
Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch:
Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassennitglieder.
Die Möglichkeit für die Durchführung dieser Bestimmungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Klassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat.

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

86. Parteigenossen in Essen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, im Reichstag bei Beratung der Materie Erbschaftsteuer auf erweiterte Besteuerung zu dringen.

87. Parteigenossen in Bromberg: Die Fraktion wird ersucht, den jüngsten Bromberger Landfriedensbruch-Prozeß mit seinem harten Urteil, sobald sich eine Gelegenheit bietet, im Reichstage zur Sprache zu bringen.

88. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Zur Bekämpfung der Lungenkrankheiten bringt die sozialdemokratische Partei im Reichstage nachstehenden Antrag ein:
Da die Seelust erwiesenermaßen von Salz geschwängert ist und dadurch desinfectirend auf die Lunge wirkt als Landluft, auch eine Kur in einem Seebade eine schnellere Besserung, auch nach Genesung größere Widerstandskraft verleiht, — stellt die Reichsregierung die entsprechenden Mittel bereit zur Errichtung von Heilstätten auf den Inseln der Nord- und Ostsee, sowie zum Bau von Krankenschiffen.

89. Parteigenossen im neunten badiischen Wahlkreis, Berlin II, III, Magdeburg, Wurz, Stettin, Hannover, Düsseldorf, XVII. sächsischen Wahlkreis, Stuttgart: Die Fraktion hat den Anspruch auf den Sitz im Präsidium des Reichstages zu erheben, jedoch nur ohne jede Ueberrahme konventioneller Pflichten.

90. Parteigenossen in Mannheim: Es hat unsere Fraktion ihren Anspruch auf die Besetzung des Vicepräsidiums im Reichstage unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie setzt in das Tagesgefühl und Selbstbewußtsein des eventual Gewählten das Vertrauen, daß er bei Ausübung der ihm auferlegten Pflichten die Würde der Volksvertretung und die Nachstellung seiner Partei zu wahren weiß.

91. Parteigenossen in Köln-Stadt wünschen, daß der Fraktion die Lösung der Vicepräsidenten-Frage überlassen bleibt. Sie haben zu den gewählten Vertretern der Socialdemokratie das Vertrauen, daß sie die Frage in einer das Interesse und die Ehre der Partei währenden Weise entscheiden werden.

Parteitag.

92. Parteigenossen in Schöneberg: Die künftigen Parteitage zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten.

93. Parteigenossen in Stettin und Greifswald-Grimmen: Den Parteitag 1904 in Stettin abzuhalten.

94. Parteigenossen in Mannheim und Heidelberg: Den Parteitag 1904 in Mannheim abzuhalten.

95. Parteigenossen in Darmstadt und der Landeskonferenz in Arheilgen: Den Parteitag 1904 in Darmstadt abzuhalten.

96. Parteigenossen in Braunschweig: Den Parteitag 1904 in Magdeburg abzuhalten.

97. Parteigenossen in Bremen: Den Parteitag 1904 in Bremen abzuhalten.

98. Parteigenossen in Essen: Den Parteitag 1904 in Essen abzuhalten.

99. Parteigenossen in Berlin V: Den Parteitag 1904 in Berlin abzuhalten.

Resolutionen.

100. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Der Wahltag vom 16. Juni verpflichtet die Socialdemokratie zu gesteigerten und vertieften Anstrengungen, um positiven Einfluß auf das Geschick der deutschen Politik zu gewinnen. Nicht nur in der Kritik der herrschenden Klassen und ihrer Politik, nicht nur in der Abwehr der volksfeindlichen Angriffe der Reaction, auch nicht in der bloßen Verbesserung von Regierungsvorlagen und anregenden Anträgen erschöpft sich unsere Aufgabe. Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion ist durch das Vertrauen der Wähler zur beruflichen Gesetzgebung des deutschen Volkes geworden. Je mehr die bureaukratische Regierung für die Interessen der herrschenden Klassen in unfruchtbarer Hülfsarbeit oder dreisten und sinnlosen Angriffen wider die im Proletariat sich vollziehende notwendige geschichtliche Entwicklung verfeinert, um so größer ist die Pflicht der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, die unermessliche Schöpferkraft des demokratischen und socialistischen Princips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Eine solche Thätigkeit erzielt dreierlei: Sie bewirkt nützliche und bedeutende Reformen, sie deckt die geistige Armut und gehässige Beschränktheit der Sachwalter der kapitalistischen Klassen und ihrer regierenden Agenten auf, sie zeigt endlich die Grenze und die Schranke, wo inner-

halb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung entscheidende Verbesserungen unmöglich werden, und wirkt dadurch auflösend über und für das socialdemokratische Programm. Bis zu dieser Grenze und Schranke, von der wir noch weit entfernt sind, zu gehen und alles Mögliche wirklich zu machen, ist unsere Aufgabe in der Tagespolitik. — Zu diesem Zwecke und zugleich im Interesse der Stärkung des Parlamentarismus selbst wird die sozialdemokratische Fraktion beauftragt, in Gestalt von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Situation in Angriff zu nehmen. Den einzelnen Gesetzentwürfen sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben, und es ist zu veranlassen, daß auch diese Begründungen, dem Brauch anderer Parlamente gemäß, in die amtlichen Druckfächer des Reichstages aufgenommen werden; zugleich sollen Reichstags-Druckfächer zu möglichst billigen Preisen jedermann zugänglich gemacht werden, etwa nach dem Vorgange des „Reichs-Arbeitsblattes“. Von den Gegenständen, die in erster Linie durch solche positiven, eingehend begründeten socialdemokratischen Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Reichs-Finanzreform, Arbeiterschutz, Koalitionschutz-Gesetz, systematische Militärreform, Minister-Verantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz und Revision des Strafrechts.

101. Parteigenossen in München-Gladbach erklären sich einstimmig für das Festhalten an unsren Principien und für die Beibehaltung der bisherigen Taktik.

102. Parteigenossen Berlin V erklären sich mit der bisherigen Taktik der Partei einverstanden. Sie erblickt in dem Ausfall der Reichstagswahlen eine gewaltige Stundgebung und Aufforderung, den Kampf gegen die Reaction in allen ihren Schattierungen weiter zu führen ohne jede Konzession an bürgerliche Anschauungen und Staatsmännereien und erwartet angeichts der sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete eine scharfe und energische Vertretung der Klassenforderungen des Proletariats.

103. Parteigenossen in Berlin I erklären, daß für die Partei keinerlei Grund vorliegt, zur Zeit in irgend einer Form oder bei irgend einer Frage von ihren alten proletarisch-revolutionären Grundfähn und taktischen Maßnahmen abzugeben. Die Parteiverammlung erwartet vom Dresdener Parteitag, daß er dieser Anschauung in nicht mißzuverstehender Weise unzweideutig Ausdruck giebt.

104. Parteigenossen in Berlin IV setzen in der Art, wie Genosse Bernstein die Vicepräsidenten-Frage in der Öffentlichkeit behandelt hat, bevor er seine Meinung in der Fraktion, deren Mitglied er ist, vertreten hat, eine Taktlosigkeit, welche der Partei mehr schadet als nützt, und erwartet, daß Genosse Bernstein sich künftighin bei Wahrung aller Meinungsfreiheiten mehr dem Interesse der Partei als dem Sensationsbedürfnis anpaßt. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung in schärfster Form allen den Genossen aus, welche in dieser Sache sich zu Mißthätigen Ed. Bernsteins gemacht haben.

105. Parteigenossen in Berlin VI: Der socialdemokratische Wahlverein des sechsten Berliner Kreises steht auf dem Standpunkt, daß unsere Reichstags-Fraktion das parlamentarische Recht für sich in Anspruch nimmt, die erste Vicepräsidentenstelle zu besetzen, es aber ablehnt, dafür die Bedingung zu erfüllen, zu Hofe zu gehen. Der sechste Kreis ist der Ueberzeugung, daß die Anregung der ganzen Frage aus einer maßlosen Ueberhöhung des Parlamentarismus entstanden ist, daß die Frage wohl für bürgerliche Kreise ein so großes Interesse haben könnte, nicht aber für die sozialdemokratische Partei. Im übrigen erwartet der sechste Kreis, daß die Genossen endlich aufhören, sich in allerlei Phantasieereien zu ergehen, und daß sie mehr den notwendigen praktischen Aufgaben der Partei ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

106. Parteigenossen in Leipzig-Stadt: Die heutige Versammlung des Wahlvereins des 12. Reichstags-Wahlkreises (Leipzig-Stadt) erwartet, daß der Parteitag zu Dresden in der aufgeworfener Vicepräsidentenfrage die Entscheidung trifft und unterbreitet zu dem Zwecke dem Parteitag folgenden Antrag:
Der Parteitag protestiert gegen die Zulassung irgend welcher Beteiligung von Parteiberederten an monarchischen Aufzügen;
er mißbilligt entschieden die seit Jahren wiederholt zu Tage getretenen revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und bestimmter Richtungen in tatsächlichen und parteigrundfählichen Fragen; der Parteitag lehnt es bestimmt ab, den Klassenkampfcharakter unserer Partei aus Gründen vermeintlicher politischer Vorteile jemals verwischen zu lassen.

107. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Parteiverammlung des 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises spricht sich mit Entschiedenheit gegen die von Bernstein, Bollmar und andern vertretenen Ansichten in Bezug auf die Vicepräsidentenfrage im Reichstage aus. Die Versammlung wendet sich vor allem dagegen, daß solche Fragen von der Fraktion entschieden werden sollen, sie hält vielmehr den Parteitag als die einzig richtige Instanz, derartige Fragen zu klären. Im weiteren erwartet die Versammlung, daß der Parteitag gegen die immer deutlicher auftretenden Bernsteinereien in der Partei ein entscheidendes Wort spricht.

108. Parteigenossen im vierten hannoverschen Wahlkreis: Der Parteitag erwartet von der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß diese getreu der bisherigen Gepflogenheit Anspruch erhebt auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstagspräsidium. Er hegt zur Fraktion aber auch das Vertrauen, daß diese an der feierlichen Taktik festhält, indem sie es mit Entschiedenheit zurückweist, Verpflichtungen zu übernehmen, die weder von der Verfassung noch von der Geschäftsordnung des Reichstages gefordert werden. Ohne die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei antasten zu wollen, bebauert aber dennoch der Parteitag die Art und Weise, wie der Genosse Reichstags-Abgeordneter Eward Bernstein Stellung zu der obigen Angelegenheit genommen hat.

109. Parteigenossen für Neuh. J. 2: Der Parteitag für Neuh. J. 2. hält es für das parlamentarische Recht unserer Reichstags-Fraktion, entsprechend ihrer Stärke einen Sitz im Präsidium des Reichstages zu beanspruchen; er weist es aber ganz entschieden zurück, daß dabei andre als durch die Geschäftsordnung des Reichstages vorgeschriebene Bedingungen erfüllt werden.

Der Parteitag erblickt in dem Vorschlage Bernsteins über die Besetzung der Vicepräsidenten-Stelle eine Herabsetzung unsrer bisherigen altbewährten Taktik und erwartet vom Parteitag, den immer wieder auftretenden Tendenzen auf Änderungen derselben gegenüber ein entschiedenes abweisendes Wort. Der Parteitag mißbilligt ferner auf das schärfste die Art und Weise des Vorgehens des Genossen Bernstein in der Vicepräsidenten-Frage.

110. Parteigenossen des Kreises Frankfurt a. D.-Lebus: Die Kreisversammlung spricht den Wunsch aus, daß die vollkommene Einheit und Uebereinstimmung der Parteigenossen, die im Wahlkampf zu Tage getreten ist, auch in den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages zur Geltung kommen möge, und daß in erster Linie die wichtigsten, für die Interessen des Proletariats bedeutsamen Forderungen erörtert werden, nicht aber die im Verhältnis dazu ganz unbedeutende Frage des Vicepräsidentenanspruches in Anspruch nehmen möge.

111. Parteigenossen im zweiten sächsischen Wahlkreis: In Erwägung, daß die Kampfesweise unsrer Gegner in den Landgemeinden eine schroffe wird, in fernerer Erwägung, daß unsre Gegner in der großen Mehrzahl über Besitzum, als Häuser, Wirtschaften oder Bauerngüter, verfügen und unsre Genossen, welche sich an der Agitation öffentlich beteiligen oder als Vertrauensmänner usw. die Partei vertreten, sehr schwer schädigen, indem die Herren Hausbesitzer ihren Mietsbetreibern einfach kündigen, dieselben dann aber sehr schwer eine neue Wohnung im Orte bekommen können, beantragen wir, daß die Partei befreit sein muß, überall, wo sich solche Mißstände zeigen, Häuser zu erwerben event. Bauerngüter in eigne Regie zu nehmen.

112. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag empfiehlt den socialdemokratischen Vereinen, bezw. den einzelnen Wahlkreisen, Sammelstellen zur Aufbewahrung und Sichtung aller auf die Reichstagswahlen bezüglichen parteigenössischen wie gegnerischen

Flugblätter, wichtigen Zeitungsabdrucken, sowie von sonstigen für den Wahlkreis wichtigen Akten und Veröffentlichungen einzurichten.

Der Parteivorstand wird ersucht, nötigenfalls den Wahlkreisen eine Anleitung zur Einrichtung derartiger Archive zu geben.

113. Parteigenosse Erb in Hamburg: Resolution A. Der Parteivorstand wählt zwecks Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen eine Kommission von zehn Personen.

Die Kommission macht zu geeigneter Zeit bekannt, über welche Materie ein Gesetzesentwurf in Arbeit genommen wird. Alle Parteigenossen übermitteln in der Sache alles Material (praktisch, wissenschaftlich, Wünsche etc.) der Kommission, selbige sichtet und unterbreitet den daraus hervorgegangenen Entwurf der Fraktion zur Beratung. Nach dieser Beratung wird der Entwurf im Reichstag zum Antrag erhoben, um dadurch die Regierung zu veranlassen, die notwendigen Aufgaben der Zeit in Angriff zu nehmen.

Als nächstliegende notwendige Arbeiten bringe ich in Vorschlag: Umarbeitung des Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidengesetzes zu einem sich ergänzenden Gesetz mit Einbeziehung einer Arbeitslosen-Versicherung und vollständiger einheitlicher Verwaltung. Einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Volksschul-, Bau- und Wohnungs-, Straf- und Gefängniswesens, der Gefängnisarbeit etc.

Die Kommission soll ebenfalls den Rechtsschutz in Parteisachen für das gesamte Reich in die Hand nehmen, um in der so sehr verschiedenen gearteten Rechtsprechung eine größere Gleichmäßigkeit zu erzielen.

Resolution B.

Da die Parteipresse zu sehr eventuellen Schwankungen der Papierpreise unterworfen ist, erhält der Vorstand die Direktive, entweder selbst oder mit Hilfe von Genossenschaften in rüchständigen Wahlkreisen, vornehmlich in Domänen des Centrums, eigene Papierfabriken zu errichten, um dadurch der Parteipresse teilweise zweckmäßigeres Papier zu liefern und mehr Unabhängigkeit zu verschaffen. Im weiteren um zu zeigen, daß ein Teil der Forderungen des Programms für die Arbeiter schon heute durchzuführen ist und den einen oder anderen Wahlkreis sicherer zu stellen.

114. Achtundsechzig Parteigenossen in Kienburg: In Erwägung der Thatfachen, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinkfeste (Geburtsfeste, Einstand usw.) und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die schädlichen Wirkungen der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteivorstand der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage. Der Parteivorstand geht dabei von der Erwägung aus, daß das für geistige Getränke verausgabte Geld besser in Vektüre zur Aufklärung und Bildung angelegt wird, sowie auch, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampfsfähigkeit des Proletariats in sich schließt.

115. Parteigenossen in Gesehacht (III. Hamburg): Werden dem Reichstag, Landtagen, kommunalen Verwaltungen usw. von den Gewerkschaften Petitionen, Anträge etc. unterbreitet, die für die Gewerkschaften förderlich sind und nicht mit den Grundgedanken der Partei kollidieren, so sind die von der Partei in diese Körperschaften entsandten Parteigenossen verpflichtet, diese Petitionen, Anträge usw. zu vertreten.

Gerichts-Zeitung.

Eine Diebstahlsgeheime, bei welcher ein unbescholtener, gut flutierender und in verschiedenen Ehrenämtern stehender Mann standhaft um seine Ehre gekämpft hat, beschäftigt gestern die 5. Section Strafkammer des Landgerichts I in vierter Instanz. Am 9. Juni 1902 hatte das Schöffengericht den in der Anklamstr. 15 wohnenden Privatier Meier wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde verworfen, auch die Revision beim Kammergericht hatte keinen Erfolg. Dagegen führten die vom Angeklagten borgenommenen Schritte zur Wiederaufnahme des Verfahrens schließlich zum Ziel: durch Beschluß des Kammergerichts wurde die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet und so kam die Angelegenheit gestern nochmals vor die Strafkammer. Der Thatbestand ist folgender: Am Abend des 3. April v. J. hatte der Angeklagte mit mehreren andern Herren seinen Regelabend gehabt, gleichzeitig einen Geburtstag gefeiert und dabei so viel getrunken, daß er nach übereinstimmendem Urteil verschiedener Personen äußerst „schwer“ war und sich nur sehr langsam und schwankend den Schritten auf den Heimweg begeben konnte. Auf der Straße sprach er einen ihm bekannten Schuhmann an, während er aber mit diesem plauderte, trat ein anderer Schuhmann hinzu, der erzählte, daß er eben an einem nahe gelegenen Cigarrengeschäft die große Schaufensterscheibe von unbekannter Hand zertrümmert worden und ein großes Loch entstanden sei. Der Schuhmann war inzwischen durch einen von der Einienstraße her ertöndenden Schand auf kurze Zeit abgelenkt worden, begab sich nun aber, nachdem er mit seinem Kollegen einige Worte gewechselt, wieder nach dem Cigarrengeschäft — die Filiale eines größeren Geschäfts — zurück. Der Angeklagte hatte sich ganz

kurz vor dem Beamten auch dorthin begeben. Letzterer und der hinzugekommene Nachtwächter begaben sich auf wenige Minuten ins Haus, um den etwa dort wohnenden Geschäftsbewahrer zu benachrichtigen, während der Angeklagte auf der Straße blieb. Es ergab sich aber, daß der Beschäftigte nicht im Hause wohnte. Sodann stellte der Schuhmann fest, daß in der Zeit zwischen seinem ersten Erscheinen am Thotort und seiner Rückkehr aus dem Hause jemand durch das in der Schaufensterscheibe entstandene Loch gegriffen und aus dem Schaufenster drei bis vier Kisten mit Cigarren entwendet haben müsse. Der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, wurde nun durch zwei „Dämchen“, die dem Cigarrengeschäft gegenüber wohnten und just in jener Nacht auf die Straße hinaus gehen wollen, auf den Angeklagten gelenkt. Während dieser den Schauplatz verlassen hatte, um den Geschäftsinhaber, dessen Wohnung ihm eingefallen war, zu benachrichtigen, erschien eine dieser „Dämchen“ bei dem zurückgebliebenen Schuhmann und behauptete, daß der Mann, mit dem der Beamte gesprochen, die Kisten mit Cigarren gestohlen habe. Der Mann sei schon vor der ersten Rückkehr des Schuhmannes in eiligem Laufe auf der Wildstraße erschienen, habe mit einem Griff durch das Loch in der Scheibe eine Kiste entwendet, diese in das Haus Anklamstr. 15 getragen, sei dann eiligst zurückgekehrt und habe die kurze Zeit, in welcher sich die Beamten in das Haus, in welchem sich das Cigarrengeschäft befand, begaben, dazu benutzt, um auf gleiche Weise noch zwei Kisten zu entwinden und schließlich in das oben stehende Haus Anklamstr. 15 zu tragen. Der Beamte hielt dies für absolut ausgeschlossen, da der Angeklagte im Besitz als ein durchaus ehrenhafter, mit Ehrenzeichen geschmückter Mann bekannt ist. Er begnügte sich deshalb damit, in die offen stehende Thür des Hauses Nr. 15 einzutreten und den Platz mit Streichhölzern abzuleuchten, wobei er nichts fand. Am nächsten Tage verbreitete sich infolge der positiven Behauptungen der beiden Mädchen das Gerücht, daß der Angeklagte einen Diebstahl begangen habe. Das Gerücht verbreitete sich so, daß ein Kriminalbeamter sich veranlaßt sah, gegen 11 Uhr vormittags Herrn Meier einen Besuch abzustatten. Dieser war unter den Nachwehen der nächtlichen Hebererei soeben erst aufgestanden und gerade damit beschäftigt, seinen früheren Weinchen in die gehörige Form zu bringen. Als ihm der Beamte den gegen ihn erhobenen Verdacht mitteilte, protestierte er lebhaft und erklärte sofort, daß er bei seiner Heimkehr auf der dunklen Treppe beinahe über einen dort liegenden Gegenstand gestolpert sei und alsdann festgestellt habe, daß es drei Cigarrenkisten waren, die er einstweilen mit in seine Wohnung genommen habe, in der Absicht, sie am nächsten Tage auf der Polizei abzugeben. Da dem gegenüber die beiden Mädchen mit Bestimmtheit dabei verblieben, gesehen zu haben, daß der Angeklagte zweimal den Griff in das Schaufenster gethan und die Kisten eiligst in sein Haus geschafft habe, so erfolgte seine gerichtliche Verurteilung. Auch im gestrigen Termin blieben die beiden Zeuginnen unentwegt bei ihrer Behauptung. Ihre Darstellung wird aber in verschiedenen Punkten von den übereinstimmenden Aussagen der Beamten ab, die durchweg die Möglichkeit, daß der Angeklagte den Diebstahl begangen haben könne, verneinten. Sie bestätigten sämtlich, daß der Angeklagte stark angetrunken gewesen sei und absolut nicht in der Eile sich habe fortbewegen können, die dazu gehört hätte, um in der ganz kurzen, in Frage kommenden Zeit von wenigen Minuten den Diebstahl auszuführen, die Kisten in das Haus Nr. 15 zu tragen und wieder an den Thotort zurückzuführen. Ferner kam in der gestrigen Verhandlung zur Sprache, daß der Angeklagte wiederholt der Polizei in ihrem Kampfe gegen liederliche Wirten und Zuhälter dortiger Gegend helfend zur Seite gestanden und sich dadurch den Dank jener Kreise zugetrieben habe. — Der Staatsanwalt hielt auch aus dieser neuen Verhandlung den Angeklagten für den Thäter, da er über die ganz sicheren Bekundungen der beiden Belastungszeuginnen nicht hinweg kam, und beantragte wiederum 3 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erlaubte jedoch diesmal auf Freisprechung. Er hielt in subjektiver Beziehung den Angeklagten nicht für einen Mann, bei dem man sich der That verheben kann und die Belastungszeuginnen doch nicht für so glaubhaft, um auf ihre, von anderen Zeugen bestrittenen Bekundungen hin einen unbescholtener Mann zu verurteilen.

Verfammlungen.

Der Zimmerer-Verband hielt am 2. September im Neuen Konzerthaus (Alexanderplatz) eine zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung aller Bezirks-Bezirksstellen Berlins und der Umgegend ab, wo Dringmann-Hamburg über: „Die diesjährigen Lohnkämpfe in unserm Beruf und der Centralverband der Zimmerer Deutschlands“ referierte. Redner entrollte ein interessantes Bild von der Zimmererbewegung seit dem Jahre 1868, und wies an der Hand der mitgetheilten Zahlen nach, daß die seit jener Zeit erzielten ganz erheblichen Verbesserungen in der Lage der Zimmerer wesentlich ein Erfolg der Organisation seien. Der in den letzten Jahren besonders verstärkte Verband habe selbst in den

Zeiten der Krise in vielen Orten Verbesserungen durchgesetzt und auf der ganzen Linie die Erfolge der Organisation gegen Verschlechterungen schützen können. Nach den Lohnbewegungen dieses Jahres (1903) sei auch ein Stillstand der Bewegung nicht zu befürchten. Von 23 000 Mitgliedern seien nach dem Centralverband zugegangenen Meldungen 16 043 in 156 Orten in Bewegung gewesen. Zu Gunsten der Kameraden seien erledigt worden allgemeine Streiks in 32 Orten mit 2054 Mitgliedern, partielle Streiks in 21 Orten mit 4370 Mitgliedern, Aussperrungen in 14 Orten mit 2194 Mitgliedern. Verhandlungen in 41 Orten mit 5442 Mitgliedern. Die Hauptkategorie allein habe dieses Jahr 124 829 M. an Streikunterstützungen ausgegeben. — Redner verweist auf die gewaltigen Widerstände, die sich jetzt immer mehr der Gewerkschaftsbewegung besonders in Form von Unternehmerverbänden entgegenstellen und auf die bekannten Erfahrungen, die die Zimmerer in Dresden, Bremen, Bromberg usw. gesammelt haben. Auch damit sei man fertig geworden und werde weiter damit fertig werden, wenn die Kameraden die Organisation nicht nur erhalten, sondern auch alles thaten, sie auszubauen und zu festigen. Dann werde die Zimmererbewegung auch im vollen Maße teilnehmen an der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals. (Großer Beifall.) — Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der wiederholt die Bedeutung der Organisation betont, von anderer Seite aber bedauert wurde, daß dieses Jahr in Berlin nicht die Forderung des Stundenlohns von 70 Pf. gestellt worden sei. Nach dem Schlusswort des Referenten, worin sich der Vorsitzende Witte energisch dagegen, daß einzelne Kolonnen die Arbeit niederlegten, ohne die Leitung der Organisation in Kenntnis zu setzen. Von allen Differenzen sei dem Vorstand sofort Mitteilung zu machen. Die Kameraden müßten es ablehnen, Ueberstunden zu machen. Bedauerlicherweise seien 15 Zimmerer der Firma Holzmann u. Co. ohne weiteres beim Bau an der Monumentenbrücke darauf eingegangen, statt 9 Stunden 11 Stunden zu arbeiten. Nach kurzer Debatte hierüber schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Centralverband der Stukkateure. Die Filiale Berlin hielt am 31. August eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher die im Jahrbuch bereits veröffentlichten Anträge zum Verbandstage durchberaten und nach einigen geringfügigen Änderungen angenommen wurden. Ueber die Arbeitslosen-Unterstützung in unserm Beruf referierte Köstner, welcher an der Hand unserer Arbeitslosen-Statistik zahlenmäßig nachwies, daß bei einem entsprechenden Beitrag, 0,90—1,00 M. pro Woche, und einer Karenzzeit von mindestens einem Jahr die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wohl möglich sei. Redner konnte selbstverständlich nur nach den Berliner Verhältnissen urteilen; es ist Sache der übrigen Filialen, sich gleichfalls hierzu zu äußern. Um diese Frage endgültig zu regeln, soll dem Verbandstage ein Antrag unterbreitet werden, in welchem er ersucht wird, sich darüber schlüssig zu werden, ob die Arbeitslosen-Unterstützung durchgeführt werden kann oder nicht. Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß der Unternehmer Schulz-Reinhold einen Verhaftfollegen veranlassen wollte, neun Stunden zu arbeiten. Die dort arbeitenden Kollegen vom Bau wurden ersucht, für den betreffenden Kollegen mit einzutreten. Vorher jedoch wird seitens des Vorstandes mit dem Herrn Rücksprache genommen werden, um die Sache, wenn möglich, glücklich beizulegen.

Der Verband der Kürschner Berlins hielt am Mittwoch eine Mitgliederversammlung ab, die sich zunächst mit der Frage: Wie regeln wir unsern Arbeitsnachweis? befahte. Hierzu wurde vom Vorstand der Vorschlag gemacht, einen besondern Arbeitsvermittler oder Geschäftsführer der Organisation anzustellen, der neben der Leitung des Arbeitsnachweises vor allem auch die Aufgabe haben soll, dafür zu sorgen, daß die durch die Lohnbewegung erzwungenen Vorteile überall zur Geltung gebracht und im vollen Maße ausgenutzt werden. Ferner soll der Geschäftsführer agitatorisch für den Verband thätig sein und außerdem bei Werbestudien die Interessen der Kollegen wahrnehmen. Die Mitglieder werden dann dafür zu sorgen haben, daß die Arbeitsvermittlung nur durch diesen Arbeitsnachweis, der selbstverständlich am Tage geöffnet sein wird, erfolgt. — Der Vorschlag wurde allgemein gebilligt und von der Versammlung einstimmig angenommen. Als Geschäftsführer wurde einstimmig Regge gewählt. — Hierauf wurden die Wahlen zu der in dem vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts geschlossenen Vertrag vorgeesehenen Schlichtungskommission vorgenommen und hierzu Grandel, Schäfer und Regge gewählt, als Ergänzung Rößler, Wienel und Jäger. — Als Delegierter zum Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften wurde Grandel gewählt.

Sodann wurde von Regge an einem gegen den Verband der Kürschner Berlins gerichteten Artikel des Internationalen Organs der Kürschner scharfe Kritik geübt und auf seinen Vorschlag eine Resolution, welche gegen den Artikel protestiert, einstimmig angenommen.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Theater.
Freitag, 4. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Hugenotten.
Schauspielhaus. Egges und sein Ring.
Neues Opernhaus. Die Geisha oder: Eine japanische Theatersgeschichte.
Westen. Geflohen.
Fessing. Der blinde Passagier.
Deutsches. Nonna Nanna.
Berliner. Savonarola.
Wesend. Lustige Ehemänner. Vorher: Zum Einsiedler.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Thalia. Der Hochtourist.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Anfang 8 Uhr:
Liederspielhaus (Kroll.) Wiederholungen und Uebungen. Bislon nach dem Halle.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Tallisman.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Was ihr wollt.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Carl Weisk. Der Hehrit einer Frau.
Lilien. Faust. I. Teil.
Velle-Milance. Spezialitäten.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Metropol. Neues! Unerreichtes!

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Zum erstenmal:
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsch-Amerikanisch. Theater.
(t. Buntes Theater, Köpnickstr. 57/68)
Anfang 8 Uhr.
Der
Sensationserfolg
bestätigt durch die gesamte
Berliner Presse.
Gastspiel **Adolf Philipp Ueber'n grossen Teich.**
Der Mittel-Vorwerk. (ohne Gebühr) findet tagl. a. d. Theaterkass. Involedant u. bei A. Wertheim statt.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen-gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!
Residenz-Theater
Direktion E. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwan in 3 Akten von Ward-Barré.
Vorher: Zum Einsiedler.
Schwan in 1 Akt von D. Jacobsohn.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagmittags 3 Uhr: **Seine Kammerjose.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Julius.
Sonabendabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Sonntagmittags 3 Uhr:
Heimat.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Tallisman.
Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Freitag:
Die Liebesdankel.
Sonabend: **Die Notbräute.**
Casino-Theater.
Rothfingerringstr. 37.
Anfang 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Sonabend, 5. Sept.: **Premiere.**
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprogramm.
Sonntagmittags 4 Uhr: **Badokuren.**
Luisen-Theater.
Faust.
(I. Teil.) — Anfang 8 Uhr.
Sonabend: 100 000 Thaler.
Sonntag: 3 Uhr zu feinen Preisen: Königin Luise und Das Versprechen hinter'm Herd.
8 Uhr: 100 000 Thaler.
Montag: Das neue Gedel.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Sonabendabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntagmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Apollo-Theater.
Zum **Die Liebes-Insel**
121. Male: mit den sensationellsten Briefmarken-Ballett.
Vollständig neues Spezialitäten-Programm.
Jean Clermont's Circus
Barnum und Bailey.
Schwed. Damen-Soxett „Pöttinger“.
Miss Mildred de Grey
amerikanische Sensations-Längerin.
Montrell, amerik. Jongleur.
Neu! Sensationell!
Messters Biophon
lebende und sprechende Photographie.
Johannisthal.
Raus Park-Restaurant.
Neben Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeeküche. — Kegelbahn. — Ausspannung. — Saal für Vereine und Veranstaltungen. 30012*

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 4-5, 6-7 Uhr.
Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrkarte 1 M.,
Stehtplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute geschlossen.
Sonabend, den 5. September etc.:
Eröffnung der Wintersaison.
Das Forsthaus
von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer Utraholzerstr. 1.

Carl Weiss - Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Lebte Hochel Lebte Hochel
Der Fehltritt einer Frau.
Auf. 8 Uhr. Morgen: Dief. Borstell.
Sonntag: 3 Uhr. Das Geheimnis des roten Hauses.
Im Garten: Neue Spezialität. Auf. 5 Uhr.

Passage-Theater
Auf. Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
LONA
Im Boudoir.
Gastspiel der LONA in ihrer Original-Scene
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.
Auftr. der Lona abends 10 Uhr.

Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Wiederauftreten
Emil Thomas a. G.
Bender, Josef Josephi, Marton, Grete Meyer, Müller Linke.
Zum 236. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 4. September cr.:
Robert und Gertram.
Poffe mit Gesang u. Tanz in 4 Aufzügen von Raeder.
Schmidt-Hawkins, Nummert.
Elsa Jocosca, Kollin-Soubrette.
Hermann Stahnke, Salon-Akrobat.
Max Alexander, Bauchredner.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Diese Vorstellungen finden bis 15. September cr. täglich statt.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Anhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Konzert-, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellungen
in höchst neuem Künstlerpersonal finden nur noch
Mittwochs, Sonntags u. Montag abend.
Im Grandhotel: **Gr. Ball.**
Die Kaffeetische sind geöffnet von 2 bis 6 Uhr.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
Mittwoch, den 16. d.: Letzte Vorstellung.
Mittwochs: **Elite-Tag.**
Sonntags: **Gala-Vorstellung.**

Palast-Theater Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Sonabend, den 5. September 1903:
Grosse Eröffnungs-Vorstellung.
Neunte Saison.
Nur Novitäten.
Genieset das Leben.
Orig.-Lebensbild mit Gesang u. Tanz in 2 Akten von H. Gerde. Musik von H. Sommerfeld.
Mit neuen Kostümen u. Dekorationen.
2 durchweg neue Spezialitätenteile.
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.
Entree 50 Pf.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9. Direkt: M. Kalbo.
Täglich: Alt-Heidelberg du Feine.
Liederspiel in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
II. a.: Paula Grigatti, Kollin-Soubrette.
Original Eugen Milardo, Tanzsumoerist.
The Berlings
die singenden Luftkünstler.
Nou! **Cabarets** Nou!
Kunst- und Wunder-Tänze.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.,
mum. Platz 50 Pf.

Tischlerverein zu Berlin.
(E. S. 50.)
Sonabend, 5. September, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag. Vereinsangelegenheiten. Unterstützungsgesuche. Ausgabe der Biletts zum 32. Stiftungsfest in „Sandsouci“ am 3. Oktober.
Biletts zur Urania-Vorstellung am Sonntag, den 6. September sind noch zu 60 und 40 Pf. bei allen Vorstandsmitgliedern und in der Versammlung zu haben.
Regen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Verein der Bauaufschläger Berlins und Umgegend.
Sonntag, 6. Septbr., vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über den Anschlag an einen Centralverband. 2. Vereinsangelegenheit.
Beiträge werden nur von 9 1/2-10 1/2 Uhr angenommen. — Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 78-77
(Klingbaum-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich
vollständig neues konkurrenzloses
Reisen-Programm.
Orig. Robert a. Bertram sind
mieder da. Orig. Glom Fradoff.
Orig. Tom Bryarly, Fred u. Little
Alfons, Eugen Freiberg, Claire
Wegenor, Mils, Friedrich.
Grosser Ringkampf
Emil Nitschke — Max Schwarz.
Jurist von der Tommee aus
Auchland, fordert ich Ringkämpfer
und harte Leute auf, sich mit mir im
Ringkampf zu messen und zähle
50 R. Prämie, wer im Hande ist,
mich in 30 Minuten zu besiegen.
Dochachtungsvoll 2468*
Emil Nitschke.
Sonntag, Sonntag, Montag: Tanz.
Auf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Sansouci.
Täglich Garten od. Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängers
Dienstag, 8. September:
Benefiz.
Besonders gewähltes neues
Programm.

Reichshallen
Stettiner Sängers
Reisel, Biebra, Britton,
Stebel, Böhme, Böd-
mann, Wälfner,
Schrader u. Ueberin jr.)
Anfang 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Erfinders des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich: **Franz Sobanski**
und das vollständig neue
Künstlerpersonal. Außerdem:
Die weiße Dame.
Mittw., Sonab., Sonntag: **Tanz.**
Auf. 1/8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

WINTERGARTEN
Das
Sensations-Programm
Florence u. Lillian, musik. Nummer.
Anna Danrey, Pariser Soubrette.
Die drei Macagnos, Szenen im Café.
Florence Moore, amerik. Sängerin.
Mils. Marguerite, Löwen-Dressuose.
Das Margarita, die lebende Puppe.
Lionel Strongfort, Kraftproduktion.
Alexia, Bravourkünstlerin.
Die Ten Jochi Truppe, japan. Zaubertr.
Hickey u. Nelson, amerik. Excentrics.
Paul Coste, Bariton von der Gr.
Oper in Paris.
Die Jahrmarktsprinzess, Ballett-Div.
Biograph, Bilder des Papstes.

II. Wahlkreis.
Sonntag, den 6. d. M., Berliner Bockbrauerei,
Tempelhoferberg:
Grosses Volksfest
arrangiert von den Parteigenossen des II. Berliner Wahlkreises.
Grosses Konzert
ausgeführt v. d. Berliner Sinfonie-Orchester. Kapellmstr. Herr Maxim Fischer.
Gesangsaufführungen der Gesangsvereine „Kreuzberger Harmonie“, „Freiheit Best“, „Gerechtigkeit Best“ und „Froh Hoffnung“ (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes). 210/15
Grosser Ball. Puppen-Theater.
Kinder-Fackelzug.
Anfang 4 Uhr. Eintritt: Vorverkauf a 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Recht zahlreiche Beteiligung erwarten.
Die Vertrauensleute.

Freie Volksbühne.
Sonntag, 6. Septbr.: 3./4. Abteilung
Metropol-Theater:
Klein Eyolf
Anfang 2 1/2 Uhr.
Die Monatschrift Heft 1 der Freien Volksbühne liegt in den Zahlstellen aus.
229/13
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
Sonntag, 13. Septbr.: 1. Abteilung
Lessing-Theater:
Nathan der Weise
Anfang 2 1/2 Uhr.
Die Monatschrift Heft 1 der Freien Volksbühne liegt in den Zahlstellen aus.
229/13
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin und Umgegend.)
Sonntag, den 6. September d. J., vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlungen
Bezirk Osten im Ost-Kasino, Frankfurt Allee 106.
Bezirk Süd-Ost bei Graumann, Rammstr. 27.
Bezirk Süd-West b. Richter, Billiald-Allegiestraße, Ecke Friesenstr. 42.
Bezirk Nord-West Roabit, Kronen-Brauerei, III-Roabit.
Bezirk Nord-Ost bei Lorenz, Binsstraße 56.
Bezirk Wedding im Wedding-Kasino, Schulstr. 29.
Bezirk Rosenhaler Vorstadt, Ewinenmünd. Gesellschaftshaus, Ewinenmünd. 42.
Bezirk Schönhauser Vorstadt bei Hamlos, Schönhauser Allee 35.
Bezirk Nider-Zahnweide bei Franz, Grünauerstr. 5.
Bezirk Alt-Grünau bei Esh, Grünauerstr. 19, nachm. 4 Uhr.

Gruppen-Versammlungen:
Gruppe der Fabrikarbeiter bei D. Bauer, Kraussstr. 6, vormittags 10 Uhr.
Gruppe der Buchträger bei Bernau, Schwedterstr. 23, vormittags 11 Uhr.
Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.
Bezirk Adlershof, Sonntag, 13. September, nachmittags 3 Uhr, bei Fehmer, Dppenstr. 55. Tagesordnung: Die Einrichtung unseres Bezirkes und welche Aufgaben erwachsen uns daraus? Ref.: Kollege Karl Heidemann. Verhandlungsgegenstände.
Gruppe der Töpferträger, Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr, bei Pfeifer, Rosenhalerstr. 57. Tagesordnung: 1. Endgültige Beschlußfassung über den neuen Lohnsatz. 2. Die Vertreterprüfung. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwartet.
Die Ortsverwaltung. I. A.: Karl Heidemann. 40/3

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 859.
Sonabend, den 5. September 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8: 121/2
Konferenz der Vertrauensleute von Moabit.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sente, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! **Gewerkschaften und Vereine.**
Tanzlehrerverein „Solidarität“
(gegründet 1892)
empfiehlt sich hierdurch bei vorkommenden Festlichkeiten. Bestellungen sind zu richten nach dem Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, am Büffel. Tagung: **Jeden Freitag abends 9 Uhr.**
200/5
Der Vorstand.

Mühlhäuser Kautabak
von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhäuser
i. Th. nur echt, wenn die Röhren den beige-
druckten Zeitel enthalten, woraus gefüll. genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert,
Berlin SW., Großbeerstraße 39.

Richard Fiebigs Festsäle
Ackerstr. 6/7 nahe der Elsassstr.
Empfehle meine elegant eingerichteten Säle u. Vereinszimmer von 20-1000 Personen zu allen Festlichkeiten: Hochzeiten, Versammlungen etc. zu den günstigsten Bedingungen. 2528/2
Sonabende noch frei.

Voran II
Prod. u. Eink.-Genossenschaft f. Radf. (Witgl. d. A. R. S.)
Sonntag, den 6. September, nach Wendisch-Buchholz. Start: 5 1/2 Uhr, Schließende Brücke. Am selben Tage nach Königs-Buchholz, zum „Alten Schützenhaus“, zum Gründungsfest des A. R. S. B. Bruderschaft. Start: 10 Uhr, Schließende Brücke.
Beide Abteilungen treffen 2 1/2 Uhr nachmittags in Königs-Buchholz zusammen und beteiligen sich am Korsojahre. 128/17
Um zahlreiche Beteiligung erzußt
Der Vorstand.
Bestellungen auf Möbel und Fahrräder, W. K. C., mit Doppelglockenlager 1903, 145,- R., sowie Doppelglockenlager mit Kapseltrieb (D. R. P. Nr. 100 596), das Beste der Gegenwart, 146,- R., werden in den Geschäften: Hein, Gohlerstr. 16; Schäge, Reichenbergerstr. 95; Seraphin, Rummelsburg, Kantstr. 16 und Steglitz, Herderstr. 6. I. entgegengenommen. Anzahlung 58,- R., monatliche Abzahlung 10,- R. Mitglieder werden aufgenommen. Monat. Beitrag 15 Pf.

Achtung! 24768*
Handwerkern, Arbeitern
empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollgarn-Preissteigerung meine
Kammgarn-Sweater
Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.
Reinwoll. Kammgarn a 4,80 u. 5,30.
Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30.
Theodor Fricke
1. Geschäft: Oranienstr. 174.
2. Geschäft: Oranienstr. 198.

Freunden eines wirklich guten und sehr wohlschmecklichen Traubenweines empfehle ich meinen garantiert unversehrten
1901er Rotwein.
Der. kostet im Faß von ca. 30 Liter an 58 Pf. u. Pter und in Kisten von 12 lit. an 60 Pf. d. lit. u. ca. 1/2 Liter einschliessl. Glas. Als Probe sende ich 2 verschiedene lit. der Post - Preisliste frei.
Zahlreiche Anerkennungen.
Carl Th. Oehmen, Coblenza, Rh. 816.
Weinbergsgäß. u. Weinhandlung.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.
Künstl. Zähne,
tadellose Ausführung
von 3 R. an, Plomben von 2 R. an
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Vorgefert. dieses erhält: 4 R. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 R., unter 20 R. 2 R. 20512*
Teilzahlung gestattet.

Bereine!
Säle mit Bühne zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Habe noch Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 24822*
Neues Klubhaus,
Kommandantenstrasse 72.
Kopfläuse nebst Brut verschwinden sofort durch „Puffi“
Unschädlich. Erfolge überausend.
In Drogerien 50 Pfg.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Gutachten Berlin. Einigen-
traße 46, verleiht gegen Rücknahme
garant. Bettfedern a. 100 Pf. 10 Pf.,
diesjährige Goldmedaille d. W. 1893,
bessere Goldmedaille d. W. 1896,
berühmte Dama d. W. 1898.
Das diesen Dama grünen
3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Verpackung frei. Preis a. Proben
gratis. Viele Anerkennungsgr.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 100. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Lützowstraße, Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimdenkerstr. 20 Brunnenstr. 92
Brandenburgerstr. 115
8, 10, 15-60 R.
Bett-
stellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 20,00 R. an.
Teilszahlung
gestattet.
Lieferant des
Post-Spar- und
Sparvereins.

Möbel
ganz neue Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer-
und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück
einzeln, zu den billigsten Preisen, in guter,
gediegener Arbeit empfiehlt
24182*
Wilh. Lambrecht, Berlin SW.,
Simeonstrasse 19,
a. d. Alten-Jakobstr.
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Möbelfabrik.
Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,
am Kottbuser Thor.
BERLIN SO.,
Für bestes und
trockenes Material
garantiert!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

In Grünau hält der Wahlverein Sonnabendabend 9 Uhr in der Grünau-Ede, Köpnickstraße 88, seine Versammlung ab. Dr. Alberti spricht über die Landtagswahlen.

Waidmannslust. Sonnabendabend 1/2 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Madle, früher K. Ruhn, in Waidmannslust. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

Lokales.

Eine Erinnerung.

Unser Kollege Leid sitzt immer noch in Untersuchungshaft, trotzdem auch nicht der geringste Grund zu erkennen ist, diese schädigende Maßregel über einen Redakteur zu verhängen, und selbst unsere schärfsten politischen Gegner in der Presse die Verhaftung ungewollt verurteilen. Ist auch, wenn man von den Tagen des Sozialistengesetzes abieht, in der Geschichte der Partei und der deutschen Justiz kein Fall vorhanden, der diesen übertrifft, so ruft das neueste Verbrechen der deutschen Gerechtigkeit doch die Erinnerung an ein ähnliches Ereignis wach, das heute vor acht Jahren einfiel. Der Kaiser hatte am Sedantage die der deutschen Arbeiterschaft unvergeßliche Rede gehalten, in der er die Sozialdemokratie als eine Rote von Menschen bezeichnete, die nicht wert seien, den Namen eines Deutschen zu tragen, und in der er den Offizieren des Gardecorps in Aussicht stellte, daß sie der hochverräterischen Schar wehren sollten. Diese Rede gab dem Staatsanwalt das Signal, unsere Verantwortlichen früh morgens aus dem Bette heraus verhaften zu lassen und den „Vorwärts“ zu beschlagnahmen. Damit war der Sedantag eingeleitet. Einige Tage darauf wurde der Redakteur des Teltower Volksblattes in Untersuchungshaft abgeführt und am 25. September erfolgte die Verhaftung eines dritten Kollegen. Inzwischen hatte auch in der Provinz ein allgemeines Restlosmachen eingesetzt, und an zahlreichen Orten wurden Reichstagsabgeordnete-Prozesse gegen die Parteipresse eingeleitet und ihre Redakteure unter dem Vorgeben, daß sie fluchtverdächtig seien, in Untersuchungshaft abgeführt. Durch eine Operation, die auch in der bürgerlichen Presse auf lebhaften Widerspruch stieß, gelang es der Staatsanwaltschaft, die gegen den „Vorwärts“ eingeleiteten Prozesse vor Drausewetter zu bringen, und damit stand die Verurteilung bombensicher. In der Verhandlung am 29. Oktober 1895, in der es sich hauptsächlich um unsere Stellung zum Sedantag und um die von uns an den Pranger gestellte Kammerbeschlagnahme der Gedächtnisrede drehte, stellte Drausewetter die Fiktion auf, daß das Sedantag von Kaiser Wilhelm II. angeordnet worden sei und daher eine abschließende Verurteilung dieses Festes sich gegen die Person des Kaisers selbst lehre, und daß aus gleichem Anlaß wegen der Gedächtnisrede eine Verurteilung erfolgen müsse, weil der Kaiser zu deren Besten den Ertrag aus dem Verkauf des von ihm komponierten „Sanges an Aegir“ bestimmt habe. Bei der Unerlebllichkeit des Kaisers, so lautete das Urteil weiter unter dem Kopfschütteln der gesamten unabhängigen Presse, dürfe überhaupt niemand etwas gegen seine Person sagen. Mit der Rote von Menschen aber, der hochverräterischen Schar, gegen die die Garben kämpfen sollten, habe der Kaiser in seiner Sedantagrede keineswegs die Sozialdemokratie im ganzen gemeint, sondern die — Redakteure des „Vorwärts“!

Auf diese Weise kam die Verurteilung zu stande, in der gegen die drei Angeklagten nicht weniger als 27 Monate Gefängnis ausgesprochen wurden.

Es war dies eine der letzten von Drausewetter begangenen Staatsverbrechen. In dem einen Jahre 1895 hatte er nicht weniger als 51 Monate Gefängnis gegen die Sozialdemokraten verurteilt. Mit welcher Befähigung zum Richteramt dies geschah, das ergibt sich aus seiner eignen Aeußerung, daß ihm ganz rot vor den Augen werde und er jegliche Selbstbeherrschung verliere, wenn er einen Sozialdemokraten vor sich habe, der von einem jüdischen Advokaten verteidigt werde. Am Weihnachtabend 1895 wurde der unglückliche Mann in eine Kerkeranstalt gebracht. Am 10. Januar des folgenden Jahres machte er einen Selbstmordversuch. Zum Reichsgründungsfest erhielt er den Roten Adlerorden IV. Klasse. Am selben Tage, dem 18. Januar, starb er im unheilbaren Wahnsinn.

Leider ging der Justizminister auf die im Reichstage von unsren Parteigenossen gegebene Anregung nicht ein, ein Wiederaufnahmeverfahren in denjenigen Strafprozessen zu betreiben, in denen der augenscheinlich seit langem geistesgestörte Mann abgeurteilt hatte.

Die Unschuld der Nahrungsmittelwucherer.

„Haltet den Dieb!“ schrie schon mancher Epheube, der sich ertappt sah, und nun die Aufmerksamkeit der Verfolger von sich ablenken wucherer, weil sie wissen, daß dieses alte Mittelchen bei den Dummen noch immer verfährt. den Dummen verfährt.

Zwei einander geistesverwandte Blätter Berlins, die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ und die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“, nehmen den jetzt für das Einzige 1902/03 vorliegenden Jahresabschluss der Berliner Markthallen zum Anlaß, ihren gläubigen Lesern vorzutragen, in welchem Umfange die Stadt Berlin in ihren Markthallen Nahrungsmittelwertenerung treibe. Nach einer Notiz, die der Magistrats-Berichterstatter den Zeitungen mitteilt, ergibt der Jahresabschluss „einen Mehrüberschuß von rund 110 000 M. gegen den Etatsentwurf, der nur einen Ueberschuß von 91 000 M. vorgesehen hatte“. Das wäre, wenn der Berichterstatter das Wort „Mehrüberschuß“ richtig angewandt hat, allerdings ein Ueberschuß von im ganzen 200 000 M.

Die Verteidiger des agrarischen Nahrungsmittelwuchers haben nun hervor, daß die in den Markthallen verkauften Lebensmittel um so viel verteuert worden seien. Sie hüten sich aber, davon zu sprechen, welche Umsätze in den Markthallen gemacht werden. Die Höhe dieser Umsätze läßt sich freilich nur schätzen. Die gesamten Vorräte aller Berliner Markthallen sind mit rund 2 Millionen Mark gegen Feuerfäden versichert. Die meisten Waren werden ja täglich erneuert; aber selbst wenn man annehmen wollte, daß durchschnittlich nur zweimal in der Woche eine vollständige Erneuerung des Warenbestandes erfolgt, so kämen für das Jahr noch über 100 Erneuerungen heraus. Hiernach hätten die in den Markthallen im Laufe eines ganzen Jahres verkauften Waren einen Gesamtwert von 200 Millionen Mark, wozu in würden die Selbstkosten der Waren durch den 200 000 Mark-Ueberschuß gerade um ein Tausendstel erhöht, d. h. eine Ware im Wert von 10 M. würde um 1 Pf. verteuert. Auf dieses eine Tausendstel, diesen einen Pfennig bei 10 M., weisen dieselben Leute hin, die es ganz in der Ordnung finden, daß durch die Getreidegäste jedes Pfund Brot um 3 Pf. verteuert wird. Zu wie häufigen Ausflüchten greifen doch diese Lebensmittelwucherer, um nur die Schande von sich abzuwälzen!

Mit diesen Ausführungen soll natürlich von uns nichts gegen den Wunsch der Markthallenstand-Inhaber, daß die Standgelber ermäßigt werden, gesagt werden. Der 200 000 Mark-Ueberschuß stellt nur ein Tausendstel des Warenwertes, aber ein Zehntel des sich auf rund 2 Millionen Mark belaufenden Standgeldes dar. Es bedeutet wenig für das laufende Publikum, aber viel für die Standinhaber. Dieser Ueberschuß ist bestimmungsgemäß nicht dem allgemeinen Stadtkasse zuzuführen, sondern dem Erneuerungs- und Ergänzungsfonds der Markthallen zu überweisen. Wären die Standgelber wenigstens um 5 Proz. niedriger, so hätte sich im Etatsjahr 1902/03 der Ueberschuß immer noch auf 100 000 M. gestellt. Auch das wäre schon ein recht ansehnlicher und vollkommen ausreichender Zuwachs für den Fonds, wobei wir allerdings voraussetzen, daß die freistündige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung nicht wieder, wie bei der Festsetzung des Stadthaushalts-Etats für 1903, der Fonds um ein paar Millionen erschleicht, um die Finanzlage der Stadt noch einmal zu verdecken.

Der „Vorwärts“ hat seit einer langen Reihe von Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß die Markthallen-Standgelber zu hoch sind. Namentlich die kleinen Händler haben um der hohen Standgelber willen in großer Zahl den Markthallen den Rücken kehren und sich dem Straßenhandel zuwenden müssen.

Die Stadtverordnetenwahlen, die im November vorzunehmen sind, erfüllen den Berliner Freisinn mit Sorge. Ein „vertrauliches“ Mundschreiben, das von einem aus Freisinnigen bestehenden Komitee verfaßt wird, weist darauf hin, daß eine sehr erhebliche Anzahl liberaler Kandidaten im Wahlkampf stehen werden. Es werde „auch in diesem Falle nur mit äußerster Anstrengung sich ermöglichen lassen, die Wahl einerseits gegen die Sozialdemokratie, andererseits gegen die Antisemiten und Konservativen siegreich durchzuführen“. Gegen die Sozialdemokratie habe man sich in der 3. Abteilung, gegen die antisemitisch-konservative Koalition in der 2. und 1. Abteilung zu wehren. Nur wenn der Freisinn beizeiten in die Wahltagung eintrete, könne „zuverlässig“ erhofft werden, daß eine wesentliche Änderung der Parteiverhältnisse innerhalb der Berliner Stadtverordneten-Versammlung verhindert wird.

Die „Zuversicht“ steht natürlich nur auf dem Papier. In Wirklichkeit wird den Führern des Berliner Freisinn sehr bange ums Herz, wenn sie an die Stadtverordnetenwahlen denken. Ihre einzige Hoffnung ist noch, daß es ihnen wenigstens in der 2. und 1. Abteilung gelingen werde, sich der konservativ-antisemitischen „Bürgerpartei“ zu erwehren, die hier die Erfolge erringen zu können glaubt, die ihr in der 3. Abteilung verweigert geblieben sind. In der 3. Abteilung ist das Schicksal des Freisinn aller Schattierungen ebenfalls besiegelt, wie das der „Bürgerpartei“. Auch der Freisinn wird in absehbarer Zeit aus dieser Abteilung vollständig verdrängt werden.

Die Rahmung der Freisinnigen, beizeiten mit den Wahlvorbereitungen zu beginnen, wird auch von der sozialdemokratischen Wählerchaft befolgt werden. Noch vor der Agitation durch Flugblatt-Verteilung und Wählerversammlung muß die Kleinarbeit einleiten, die Agitation von Person zu Person, deren Wert und Erfolg nicht unterschätzt werden darf.

Die städtische Schulverwaltung beabsichtigt, um der Habgier der Hausbesitzer zu entgegen, anstatt der Mietschulen Döckerische Baracken anzuschaffen. Zunächst soll im Viehhofviertel, in der Nähe der Thorner Straße eine Schule mit 16 Klassen errichtet werden. Die Schuldeputation dürfte sich in ihrer nächsten Sitzung mit dem Projekt befassen. Die Kosten werden annähernd 100 000 M. betragen, was in Anbetracht, daß die Baracken abgebrochen und anderwärts wieder aufgebaut werden können, keineswegs teuer erscheint.

Zur Warnung teilt die Landes-Versicherungsanstalt Berlin mit, daß im ersten Halbjahr 1903 vom Vorstände 876 Strafbescheide wegen nicht rechtzeitiger oder unterbliebener Verwendung von Markenbeiträgen gegen Arbeitgeber erlassen worden sind.

Bildung in der Centrums-Prese.

In Nr. 204 unseres Blattes druckten wir aus der „Köln. Volkszeitung“ eine Notiz ab, die sich mit den Verhandlungen beschäftigt, welche wegen des Festes der angeblichen Heilung der heiligen drei Könige zwischen Mailand und Köln im Gange gewesen sind, und knüpfen daran einige sachliche Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Naturwissenschaft und Religiösglaube. Es ist für den in der Centrums-Prese üblichen Umgangston kennzeichnend, wie die hiesige „Märkische Volkszeitung“ durch diese kurze Betrachtung außer Rand und Band gerät. Das ganze Geschimpfe des Organs für Centrumsbildung wiederzugeben würde zu weit führen, und wir begnügen uns daher mit den einleitenden Worten, die unsre Leser voll auf befriedigen werden. Die Entgegnung des Blattes hebt an: „Die schmutzige, stinkende sozialdemokratische Thrananzel“.

Zu Ende des vorigen Jahres hielt der Augustiner-Verein für die katholische Presse eine Sitzung ab, in der Justizrat Dr. Julius Wachem, der geistige Leiter der „Kölnischen Volkszeitung“, sich wie folgt äußerte: Keine Presse stehe so niedrig da und in keiner werde so gehässig gelumpft wie in der Mehrheit der Centrums-Prese, die da, wo die Gründe versagen, zur persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung greife. In der persönlichen Beschimpfung der Gegner werde die katholische Presse von keiner andern Presse übertroffen.

Darüber sind an die zehn Monate verfloßen. Die wohlmeinenden Worte eines gebildeten Centrumsmanne haben, wie das Beispiel aus der „Märk. Volks-Ztg.“ zeigt, bisher leider nicht viel fruchtbar. Deutlicher aber als der in jeder Hinsicht sachkundige Herr Wachem kann man kaum reden. Am Ende mag auch dieser Herr zu der resignierenden Einsicht gekommen sein, daß an Blättern vom Schlage der „Märk. Volks-Ztg.“ Ramm und Seife nutzlos verschwendet sind. Sint ut suat, aut non sint.

Das patriotische Feuer. Der Tag von Sedan hat auch in diesem Jahre der Feuerwehre viel Arbeit gebracht. Trotzdem sie gestern nicht ein einziges Mal aus Anlaß des Brandes von Anschlagssäulen alarmiert wurde, hatte sie fast ununterbrochen zu thun. In den letzten Jahren war das Anzünden der Anschlagssäulen zu einem Sport der Jugend geworden. Um dem Unfug zu steuern hatten die Unternehmer auf Veranlassung der Behörde sämtliche Säulen vom alten Papier entfernen lassen, so daß es sich nicht mehr lohnte, die verbliebenen Plakate anzuzünden.

Eisenbahn und Presse. Die amtliche „Verl. Corr.“ schreibt: Weiden in letzter Zeit vorgekommenen Eisenbahnunfällen sind lebhaft und berechtigtermaßen der Presse über verspätete und ungenügende amtliche Benachrichtigung der Zeitungredaktionen laut geworden. Der große Wert, der daraus gelegt werden muß, daß Umfang und Folgen größerer Unfälle so bald als möglich öffentlich bekannt und insbesondere auch die Namen der Verunglückten, sobald sie sicher angegeben werden können, durch die Presse verbreitet werden, hat dem Minister der öffentlichen Arbeiten Veranlassung gegeben, auf die genaue Befolgung der Bestimmungen des § 17 der Dienstvorschrift für das Meldewesen bei Unfällen hinzuwirken. Um dem Vorstände der Betriebsinspektion die Auffüllung der Depeschen zu erleichtern und dafür zu sorgen, daß alle in Frage kommenden größeren Zeitungen und Lokalblätter die amtlichen Nachrichten erhalten, ist für jede Betriebsinspektion ein Verzeichnis der Telegrammadressen aller Stellen anzusetzen, die bei größeren Unfällen telegraphisch zu benachrichtigen sind. Dieses

Verzeichnis wird zweckmäßig auf Depeschenformulare zu setzen sein, die auf der Unfallstelle ausgefüllt und nach Streichung der nicht in Frage kommenden Adressen auch bei kleineren Unfällen benutzt werden können. Durch allgemeine Verfügung ist ferner zu regeln, wie zu verfahren ist, wenn bei größeren Unfällen eine Unterfügung des Vorlaudes der Betriebsinspektion auf der Unfallstelle erforderlich wird. Im übrigen sind die fgl. Eisenbahndirektionen durch den Minister angewiesen worden, die in § 17 (4) der Dienstvorschrift für das Meldewesen vorgehene Prüfung des Nachrichtenendienstes mit besonderer Sorgfalt auszuführen.

Der Bau der „Millionen-Brücke“, wie der Berliner die neue Brücke im Zuge der Spinnmüller- und Wellermannstraße über den Bahnhof Gesundbrunnen hinweg getauft hat, ist schon so weit vorgeschritten, daß man sich ein Bild von diesem Vielienbau machen kann. Die Brücke wird vollständig aus Eisen errichtet. Die Spannweite des mittleren Bogens von Pfeiler zu Pfeiler beträgt nicht weniger als 110 Meter. Wegen der Höhe und der Dimensionen der Brücke, die schon aus großer Ferne wirken, dürfte diese monumentale Brücke mit ihren Aufbauten an den Zugängen zu einem Wahrzeichen von Berlin werden.

Drei Diebe und Hehler hat die Kriminalpolizei in den Handlungsgeschäften Otto Weide und Jakob Lehyohn und dem Hausdiener Paul Strichling festgenommen. Lehyohn war in verschiedenen Konfektionsgeschäften angestellt und stahl überall, was er bekommen konnte. Strichling suchte solche Geschäfte, die Restaurationsgeschäfte, oder auch die Restauratoren selbst heim. Weide, in dessen Wohnung im Osten der Stadt alles untergebracht wurde, versuchte die Beute zu verschleiern. Für die Artikel, die Strichling brachte, half ihm dabei auch Lehyohn. Als Strichling mit einem Satz neuer Willardbälle in den Taschen eine Gastwirtschaft verlassen wollte, fiel er dem Wirt auf, wurde festgehalten und der Polizei übergeben. Während des Verfahrens fand man einen Zettel bei ihm, den ihm Lehyohn mit einem Paket zusammen für Weide gegeben, den er aber abzugeben vergessen hatte. So erfuhr die Kriminalpolizei von Weide und schritt sofort zu einer Hausdurchsuchung, sobald sie seine Wohnung ermittelt hatte. Während die Beamten noch suchten, Angelte es. Einem der Beamten, der statt Weides öffnete, stellte sich Lehyohn vor und fragte nach dem Wohnungsinhaber. Er wurde freundlich eingeladen, näher zu treten, und als Dittler im Grunde gleich mit festgenommen. Die Wohnung Weides enthielt außer einer Menge Pfandstücke noch ein ganzes Lager von Diebeswaren aller Art, u. a. vier Satz Willardbälle, Lieberzeiber, Damenkonfektionsstücke, Stöcke und Schirme mit silbernen Eisenbeschlägen usw. Das ganze Lager wurde beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Mit einem Selbstmord im Tiergarten endet eine Liebestragödie eigner Art, über die wie folgt berichtet wird. Der 24 Jahre alte Mechaniker Arthur Krappig, der Sohn einer Heilenhauerswitwe aus der Grenzstr. 13, arbeitete seit vier Jahren bei Witz u. Genest in der Wilsonstraße und lernte dort eine junge Frau Elisabeth Bloch geb. Tiedemann aus der Galvanistr. 5 zu Charlottenburg kennen, die ebenfalls bei Witz u. Genest arbeitet und erzählt, daß ihr Mann seit einem halben Jahre als Dedoffizier auf See sei. Aus der Bekanntschaft entspann sich ein Liebesverhältnis. Als Frau Krappig davon hörte, warnte und mahnte sie ihren Sohn eindringlich, die Beziehungen zu der verheirateten Frau aufzugeben, da sie zu nichts Gutem führen könnten und er sich auch noch strafbar mache. Der junge Mann aber ließ sich nicht belehren. Nach wiederholten Auseinandersetzungen kam er abends immer später nach Hause. Als er gestern morgen wegging, zeigte er seiner Mutter einen Revolver und erklärte ihr, daß er sich erschießen werde. 44 M. Lohn, die er noch bekommen, möge sie sich vom Arbeitgeber abholen. Frau Krappig nahm die Drohung nicht ernst, aber sie war democh so gemeint. Der junge Mann arbeitete gestern noch in der Fabrik, ging aber abends nach dem Tiergarten und erschoss sich. Gestern morgen fand man seine Leiche mit einer tödlichen Wunde in der rechten Schläfe.

Wegen der drohenden Gefahr einer Gasexplosion wurde die Feuerwehre gestern Nacht nach der Friedenstr. 131 b gerufen. Unter Leitung des Brandinspektors Julius wurde die Gefahr, die durch Ausstromen von Gas im Keller entstanden war, beseitigt. Ein Mann, der Brandwunden im Gesicht und an beiden Händen erlitten hatte, wurde verbunden und dann nach der königlichen Klinik gebracht. In dem Fabrikhof Urbanstr. 116 brannten Kisten und andres, und in der Wemelerstr. 61 war Spiritus in einem Keller in Brand geraten. Außerdem gingen noch Feuermeldungen aus der Wilhelmstr. 13 und andern Orten ein.

Billige Einkäufe machte ein Reisender Julius Langner, bis er gestern in der Jerusalemstraße erwischte wurde. Hier erlitten er bei einem Juwelier, um Brosche und Ring zu kaufen. Nichts passte ihm. Wald wollte er neue Muster sehen, bald an alten etwas geändert wissen. Während so die Besprechungen hin und her gingen und eine Stange mit Waren nach der andern vorgelegt wurde, nahm der Kunde mit großer Behendigkeit von einer einzigen Stange fünf wertvolle Ringe herunter und ließ sie in seiner Tasche verschwinden. Das war aber zu viel auf einmal. Fünf Ringe mußte der Geschäftsmann verniffen und als er, Langner, auf den Kopf sagte, daß er sie genommen habe, räumte er es auch ein und gab sie wieder heraus. Seiner Bitte, ihn nicht anzuzeigen, entsprach der Verkäufer nicht. Das war gut, denn die Kriminalpolizei fand in der Schlafstelle des Reisenden in der Kopenstraße ein regelrechtes Geschäftsbuch, aus dem hervorgeht, daß Langner diese Art Diebstahl schon seit zwei Jahren betrieb. Er hatte jedes gestohlene Stück und auch den Erlös für die Beute im einzelnen genau gebucht. Ohne Zweifel aber wissen manche Juweliere noch gar nicht, daß sie von diesem Kunden bestohlen worden sind, denn sonst hätten sie ihren Verlust wohl schon der Kriminalpolizei angezeigt. Diese Unkenntnis erleichterte dem Diebe auch den Abzug.

Kadrennen. Der Friedenauer Goldhofal, welcher am nächsten Sonntag im Sportpark Friedenau den Inhaber des Stunden-Weltrekords, den geschickten Franzosen Dangla, mit unfremt Weisterfahrer Thaddäus Kobl, dem diesjährigen Weltmeister Piet Dikentmann und Käfer und Gornemann in einem 2 Stunden-Rennen zusammenführt, hatte schon in den letzten Tagen zahlreiche Sportfreunde in Friedenau versammelt, die dem Training der Fahrer beizuhöhen. Kobl scheint sich diesmal besonders sorgfältig vorzubereiten, um dem Franzosen, der ihm bekanntlich seinen Weltrekord entziffen hat, erfolgreich entgegenzutreten. Der Münchener arbeitet regelmäßig abends nach 6 Uhr über 10 bis 15 Kilometer mit einer Schnelligkeit von 75 Kilometer pro Stunde und hat die feste Hoffnung, auch diesmal, wie so oft gegen die stärkste ausländische Konkurrenz, gegen Dangla Sieger zu bleiben. Der Franzose hat übrigens ausgezeichnete Motor-Riederräder zur Fährung, die von so tüchtigen Reuten, wie Reimers (dem alten Chasseur von Etes und Michael) und Danglard gesteuert werden. Auf jeden Fall ist die Begegnung Kobl-Dangla am Sonntag die Sensation des Tages.

Im Apollo-Theater sind die kinematographischen Vorführungen, die seit Jahren einen Teil des Programms ausmachen, neuerdings auf überraschende Weise vervollkommen worden. Der Firma Wehler ist es endlich gelungen, eine Vereinigung von Kodograph und Gramophon zu schaffen, deren Eigenart darin besteht, daß beide Apparate, trotzdem sie vollständig getrennt aufgestellt werden, der eine hinter dem Publikum, der andre auf der Bühne, durch synchron laufende Motore dertart in Uebereinstimmung gebracht sind, daß jeder Laut mit der entsprechenden Bewegung absolut übereinstimmt. Es werden fünf Nummern gezeigt, unter denen eine komische Gerichtsverhandlung, die von Mitgliedern des Apollo-Theaters dargestellt ist, besonders die Aufmerksamkeit reizt. Aus dem übrigen Teil des Pro-

